

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, 1 der Expedition abgegeben werden.

Nr. 40.

Montag, den 17. Februar 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Wir klagen an!

Seit Jahren schon geist der Hilferuf der gemarterten politischen Gefangenen in den zarischen Kerker durch die ganze Welt. Je höher die Bestie der Gegenrevolution ihr Haupt erhob, je fester die Reaktion sich in den besitzenden Klassen verankerte, desto höher stieg die Welle der Gefängnisgruel, mit denen die Regierung jeden weiteren Kampf der Volksmassen zu brechen suchte. Wohl noch nie, selbst in den finstern Zeiten unter Nikolaus I. und Alexander III., haben die russischen Kerker solche Massengruel, solche raffinierte Folterungen gesehen, wie unter der „konstitutionellen“ Regierung des „Friedenszaren“ Nikolaus II. Auf diesen Grueln, auf den Folterungen, den Massenhinrichtungen, den Pogromen hat diese Regierung im Kampfe gegen das eigene Volk ihre heutige Machtstellung aufgerichtet. Auf den Leibern der Hingerichteten und Massakrierten, auf den Knochen der nach Zehntausenden zählenden politischen Gefangenen, der Besten des Volkes, in der blutdurchstüpften Atmosphäre des von Henkern und Kerkermeistern regierten Landes, ist jenes Rußland wiedererstand, das den Geist der Barbarei über seine eigenen Grenzen hinausträgt, und trotz seiner inneren Schwäche seine Taten nach neuem Länderraub ausstreckt.

Diese grundlegende Tatsache hebt den Kampf gegen die zarischen Gefängnisgruel über die Rahmen der einfachen Forderungen der Humanität hinaus. Das bestehende russische Regierungssystem bedarf dieser Gruel, weil es ohne sie seine eigene Natur verleugnen und sich einer mächtigen Waffe gegen seine politischen Gegner begeben würde. Das bürgerliche Europa duldet sie, wie sie die Schmach der Kolonial- und der Kriegsgruel duldet. Nur die Arbeiterklasse, als die eigentliche Trägerin der Humanität, führt unentwegt den Kampf gegen diese und andere Gruel. Aus den Gräbern der Ermordeten, aus den Kasematten der lebendig Begrabenen schöpft sie immer wieder neue Antriebe, neue Kraft für den Kampf, den sie gegen eine Welt von Feinden zu führen hat. Und indem sie diesen Kampf führt, schleudert sie nicht nur dem barbarischen russischen Regierungssystem, sondern der gesamten bürgerlichen Welt, die um ihrer Profitinteressen willen diese Barbarei duldet und fördert, ihre Anklagen ins Gesicht.

Eine solche Anklage ist die neulich in der Duma eingebrachte und von 64 Abgeordneten unterzeichnete sozialdemokratische Interpellation über die fortwährenden Gruel in den russischen Gefängnissen. Nur ein kleiner Ausschnitt aus dem endlosen Meer des Leidens und Entsetzens, nur ein Bruchteil von dem, was jährlich, jahraus in den Kerker sich abspielt, wirkt diese Interpellation wie eine Fanfare, die selbst das schlummernde Gewissen des bürgerlichen Europas wecken mußte. Nachstehend seien die wesentlichsten Stellen aus dieser Anklageschrift angeführt:

„Im September und Oktober 1912, so beginnt die Interpellation, erschienen in den Zeitungen bruchstückartige Mitteilungen über außergewöhnlich schwere entsetzliche Vorgänge in den Katorgagefängnissen zu Nertschinsk und Drel, denen politische Gefangene zum Opfer gefallen sind. Diese Angaben wurden bald darauf bestätigt durch die Mitteilungen der Betroffenen und der unmittelbaren Augenzeugen der Vorgänge, die Hungerstreiks und Selbstmorde der Gefangenen nach sich zogen. Die sozialdemokratische Fraktion und die „Arbeitsgruppe“ der Reichsduma besitzen folgendes Material über die Vorgänge auf der Katorga:

Am 20. Juni 1912 waren die politischen Gefangenen Boris Schadonowsky (Offizier aus Rief), N. Bilibin (Realschüler aus Kaluga), S. Szuma (Matrose), A. Kounup (Matrose), Schmidt (verurteilt im Prozeß der Leibarbeiter Anarchisten), Nekrasow (Sozialdemokrat), J. Kozotkow, Giffenjon, Kupischenko, Timofschtschkin, Butkow und IJa Bernstein zur „Besserung“ aus Schlüsselburg nach dem Katorgagefängnis zu Drel gebracht. Alle wurden hier in Einzelzellen gesperrt und noch in derselben Nacht, in Abwesenheit der Gefängnisadministration, den schwersten Mißhandlungen unterworfen, die dann noch im Verlauf von 2 Wochen fortgesetzt wurden. Nachstehend der dokumentarische Bericht eines der Mißhandelten: „Nun war die Reihe an mich gekommen. Die Tür öffnete sich, und herein stürzte der Oberaufseher, hinter ihm der ganze Haufen. Ich hatte beschloffen, nicht zu schreiben, und als man mir einen Schlag auf den Hals versetzte, wich ich schweigend zurück. Einer ergriff mich an den Schultern, ein anderer an den Beinen, man hob mich in die Höhe und schleuderte mich mit der Brust auf den Fußboden. Ich stöhnte unwillkürlich, worauf einer,

offenbar der Direktorsgehilfe, ironisch bemerkte: „Aha, nun spricht er schon französisch, höfliche Behandlung will er, der Hund.“ Einer setzte sich auf meine Schultern und band mir die Hände zusammen, ein anderer fesselte meine Beine. Ich leistete keinen Widerstand. Alles schweigend, nur hin und wieder stöhnte ich vor Schmerz. Ich lag mit dem Gesicht auf dem Fußboden; einer stieß mir den Fuß ins Gesicht, und begann dann, offenbar aus Mangel über mein Schweigen, mit den Füßen auf mich herumzutreten. Als man mir mit einem Schlüssel „unter die Rippen“ Schläge zu versetzen anfing, begriff ich, weshalb die Genossen, die vor mir mißhandelt worden waren, so laut geschrien hatten. Ich hatte keine Kraft mehr zu schweigen und begann vor Schmerz zu schreien. Nun begann man den Scharfsinn an mir zu üben. Einer der Gehilfen nahm die Lampe in die Hand, setzte sich auf den Fußboden, beleuchtete mein Gesicht, ergriff meine Nase und sprach: „Na, wollen mal seine Trake betrachten!“ Sobald ihm die Zahl der Schläge mit dem Schlüssel genügend ersähen, sprach er etwas, worauf man mich, an Händen und Füßen gebunden, in die Höhe hob und dann wieder zu Boden schleuderte. Der Gehilfe betrachtete wieder mein Gesicht und sprach: „Weshalb ist das Gesichtchen so sauber?“ Einer ergriff mich an den Schultern, ein anderer an den Knien, stieß mich mit dem Gesicht auf den Fußboden und schleifte mich über den Asphaltboden der Zelle. Die Folge war eine Abschürfung über das halbe Gesicht. Dadurch befriedigt, hob man mich noch einmal auf und schleuderte mich mit dem Gesicht in die Ecke.“

Nach den Mitteilungen, die der Arbeitergruppe und der sozialdemokratischen Fraktion zugegangen sind, werden diese Folterungen noch heute ausgeübt.

II.

Ende Sommer des Jahres 1912 wurden die Ordnungen auf der Katorga zu Nertschinsk einer grundlegenden Veränderung unterworfen, die sofort eine Reihe schwerer Komplikationen hervorrief, die das Leben der Gefangenen noch heute bedrohen. Der Militärgouverneur des Transbaikalgebietes, Kijaschko erließ eine Instruktion für die Katorgagefängnisse, in der er militärische Disziplin: das obligatorische „Du“, das Kommando „Stillestehen!“ usw. vorschrieb. Diese Instruktion, die von dem Inspektor der Hauptgefängnisverwaltung Sementkowsky anlässlich seiner Inspektionsreise bestätigt wurde, rief folgende Vorgänge hervor:

Im Gefängnis zu Kutomara führte der neue Direktor Golowkin, auf Grund der oben genannten Instruktion, eine solche Behandlung der Gefangenen ein, daß er einen fünfzehntägigen Hungerstreik der Gefangenen hervorrief. Angeachtet dessen stimmte der Inspektor Sementkowsky nicht nur der Handlungsweise des Direktors zu, sondern rief noch durch sein „Du“ den Protest des Gefangenen Bruljon hervor. Der Inspektor gab den Befehl, den Gefangenen zu bestrafen und reiste ab. Am 16. August wurde Bruljon in bestialischer Weise geprügelt, ins Zuchthaus geschleppt und ohne vorherige ärztliche Besichtigung durchgepeitscht. In derselben Nacht nahmen die politischen Katorgagefangenen Moschkin, Michailow, Leibason, Rytischow, Maslow, Tschersimow, Koslow und Odinzow Gift zu sich. Das Gift brachte schreckliche Qualen, aber nicht den Tod. Darauf schnitten sich drei, Leibason, Maslow und Rytischow die Adern auf und starben; es starb auch Puchalsky, der sich am folgenden Tage vergiftet hatte. In demselben Gefängnis wurde der politische Katorgagefangene Wasiljew am 8. Tage des Hungerstreiks durchgepeitscht, worauf er sich vergiftete und starb; zugleich mit ihm beging auch der Gefangene Kirillow nach der Durchpeitschung durch Vergiftung Selbstmord.

Dieselben Schreckensszenen wiederholten sich im Katorgagefängnis zu Ulgatsch, nachdem der Inspektor Sementkowsky und der Gouverneur Kijaschko dort eingetroffen waren. Am 10. September wurde der politische Gefangene Brodsky wegen seiner Weigerung die militärische Grußformel zu sprechen in den Karzer gesperrt und am folgenden Tage durchgepeitscht. Seine Zellengenossen Rytischow und Gretschko vergifteten sich. In bewußtlosem Zustande wurden sie nach dem Spital gebracht und am folgenden Tage, noch vollständig krank, in den Karzer geschleppt. Brodsky wurde wahnsinnig. Am demselben Tage (12. September) schnitten sich die politischen Katorgagefangenen Ogorodnow, Prolow, Timofschenko die Adern auf; Malinowsky und Bobischkow vergifteten sich. Am 15. beging Markow durch Vergiftung Selbstmord.

Die Interpellanten führen noch eine ganze Reihe ähnlicher Vorgänge in den Gefängnissen der Katorga zu Nertschinsk an, die zu Hungerstreiks und Selbstmorden der Gefangenen führten. Hervorgehoben sei, daß der erwähnte Militärgouverneur Kijaschko, im direkten Widerspruch zu einem Rundschreiben der Hauptgefängnisverwaltung, den Befehl erteilte, daß alle tuberkulösen Kranken in Ulgatsch an Händen und Füßen ge-

fesselt werden sollten. Nicht genug damit, versprach er im Frühling wiederkommen und sämtliche Gefangene des Bezirkes durchpeitschen zu lassen!

Am 8. Januar d. J. wurde der geistesranke politische Gefangene Eugen Dwalija in Kutais von einem Direktorsgehilfe mißhandelt und gefoltert. Endlich sind Angaben vorhanden, daß in dem Moskauer Katorgagefängnis „Butrki“ in der allerletzten Zeit eine Exekution an den Gefangenen vorgenommen wurde. Da wir aber zurzeit noch nicht die Namen der Mißhandelten und der Schuldigen in Händen haben, verlangen wir bloß, daß unverzüglich eine öffentliche Untersuchung der Moskauer Ereignisse eingeleitet wird.

Dies die Tatsachen; indem sich die unterzeichneten Mitglieder der Duma auf sie beschränken, verkürzen sie bewußt die Schilderung der Schrecknisse, die die russischen Katorgagefangenen im Jahre 1912 erduldet haben. Denn aus der Masse des Materials wollen sie der Reichsduma nur diejenigen Handlungen der Regierungsbeamten zur Prüfung unterbreiten, für die die Schuldigen der unzweifelhaften Bestrafung nach den Kriminalgesetzen unterliegen. Indem wir entschieden und mit aller Energie jede Körperstrafe verurteilen, und die Prügelstrafe als Schandfleck der heutigen Kultur betrachten, konstatieren wir mit Entrüstung, daß die Anwendung dieses Strafmittels die Träger der Regierungsgewalt auf Abwege führt und sie in einfache Gewalttäter und Büttel verwandelt.“

In der weiteren Darlegung weisen die Interpellanten nach, daß die oben geschilderten Exekutionen an den politischen Gefangenen, wie überhaupt die an ihnen vorgenommenen körperlichen Züchtigungen selbst den bestehenden Verordnungen und Instruktionen widersprechen. Die Handlungsweise der Verwaltung in den genannten Gefängnissen erweist sich deshalb als Verbrechen im Dienst. „Da alle diese Verbrechen von den Direktoren der Katorgagefängnisse, ihren Gehilfen und Wärtern in Erfüllung der Instruktionen und unmittelbaren Befehle des Gouverneurs Kijaschko, mit Wissen des Inspektors Sementkowsky und anderer Beamten der Gefängnisinspektion verübt worden sind, glauben wir, daß auch diese Personen unverzüglich dem Gericht übergeben werden müssen. Da aber alle geschilderten Vergehen unter offener Nachsicht des Chefs der Hauptgefängnisverwaltung begangen worden sind, so muß auch dieser wegen Nichtanwendung der Amtsgewalt zur Verantwortung gezogen werden.“

Zum Schluß wenden die Interpellanten sich mit folgenden Fragen an den Justizminister und den Minister des Innern:

1. Sind Ihnen die oben genannten Mißbräuche der Ihnen unterstehenden Beamten bekannt?
2. Trifft dies zu, weshalb sind die Personen, die die Mißbräuche begangen haben, nicht dem Gericht übergeben worden?
3. Welche Maßregeln sind getroffen, um dem in den Gefängnissen herrschenden Regiment der Willkür und der Gesetzlosigkeit, das das Leben der Gefangenen bedroht, ein Ende zu setzen?

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Herr Krätke.

Herr Krätke ist eigensinnig und will auch gern rabiat scheinen. Er stellt sich so, wenn ein Sozialdemokrat spricht, als überhöre er wohlwollend alle Angriffe, die er höchstens mit einer lässigen Handbewegung und einigen hergelaufenen Redensarten abzutun versucht. Aber diese künstliche Überlegenheit kleidet ihn schlecht. Sie paßt nicht zu seinem inneren Ärger, den er nicht verbergen kann, wenn die Kritik ihm das Blut zu Kopf treibt. So wirkte es auch Sonnabend nur peinlich unecht, als er auf die Rede unseres Genossen Wendel mit ein paar Klischee-Phrasen erwiderte, die viel mehr seine Verlegenheit als eine schlecht gepielte Überlegenheit kundtaten.

Herr Krätke, der so gerne als der starke Herrenmensch auftritt, kann aber auch ganz artig und geschmeidig werden, sobald er irgend einen kräftigen Widerstand verspürt. Die Regierung hatte, wie man weiß, durch den Staatssekretär des Reichsjustizamtes jene eigenartige und unglaublich autoritative Behauptung aufstellen lassen, daß der Reichstag die Ausgabepositionen im Etat nicht von sich aus erhöhen könne, und daß er sich mit harmlosen Resolutionen zu bescheiden habe. Diese Erklärung der Regierung wie das Verhalten des Staatssekretärs des Reichsjustizamtes, daß der vom Reichstag schon mehrfach geäußerte Wunsch nach einer Besserstellung der Postunterbeamten keine Gnade höheren Orts zu erwarten habe, ist nichts anderes als ein Ausfluß der absolutistischen Theorie.

Die Parteien setzen sich errenlichweise diese Behandlung nicht gefallen und von allen Seiten wurde — mehr oder weniger energisch, je nach der Nuance und nach dem Interesse an dem Los der Postproletarier — die Regierung aufgeföhrt, bis zur dritten Lesung eine bessere Einsicht anzunehmen. Das wirkte. Herr Krätke gab sein stolzes Selbstbewußtsein etwas preis und bequeme sich zu dem Zugeständnis, daß er die vorgebrachten Wünsche prüfen werde. „Wohlwollend“, setzte er hinzu, um immerhin den Schein jener Erbabenheit zu erhalten. Wir wollen hoffen, daß die Regierung damit sagen wollte, sie werde bis zur dritten Lesung die geeignete Nachgiebigkeit beweisen.

In der Debatte am Sonnabend wurden die Forderungen der Postbeamten erneut vertreten. Im übrigen spielte in der Diskussion die Frage der Ostmarkenzulagen wiederum eine gewisse Rolle. Es war namentlich der Nationalliberale Dr. Quark aus Coburg, der sich mit mehr Wärme als rednerischer Begabung gegen ihre Streichung auflehnte. Die namentliche Abstimmung über diesen Posten wird ihm vermutlich zeigen, daß seine Anstrengungen erfolglos gewesen sind. Gegen die Ostmarkenzulage sprach zu Beginn der Sitzung der Pole Dunajski. Genosse Wendel begründete mit einigen Worten unsere Ablehnung dieser rein politischen Forderung.

Während unser Genosse sprach, war dem Herrn Krätke und seinen Assistenten nicht sehr wohl zumute. Der Staatssekretär suchte ja, wie wir schon vorher andeuteten, die bekannte Gleichgültigkeit zu markieren. Aber er hatte doch wohl die Empfindung des Unzulänglichen. In der Tat behandelte ihn Wendel mit dem scharfen Spott, den die staatsrechtlichen Übergriffe seiner Verwaltung verdienen, und die Beispiele, die er zur Charakteristik des Regimes Krätke anführte, beleuchteten allerdings wunderbar den Geist, der über der Post waltet. Genosse Wendel bewies zwar, daß er in der Religion nicht sehr gut beschlagen ist, indem er zuerst Moses mit Aaron verwechselte, und dann beide für Erzpäter hielt — dafür war seine sachliche Polemik gegen die Grundzüge der Krätkeschen Verkehrspolitik und gegen die Behandlung der Beamten, die sie sich leider allzu leicht gefallen lassen, umso wirkamer.

### Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Im Dreiklassenhaus wurde am Sonnabend der Justizetat beraten. Die bürgerlichen Redner besprachen in endloser Breite fast nur Beamtenfragen. Nur der nationalliberale Herr Boisch ging noch darüber hinaus, indem er der Streikjustiz im Ruhrrevier seine besondere Zufriedenheit aussprach. — Gen. Liebknecht schloß aus diesem Verlauf der Debatte, daß den bürgerlichen Parteien die Justiz in erster Linie eine Versorgungsanstalt und ein Instrument zur Aufrechterhaltung der heutigen Zustände zu sein scheint, und er ging dann dazu über, an verschiedenen Urteilen das Wesen der Klassenjustiz darzustellen, wobei er betonte, daß wir unter „Klassenjustiz“ keineswegs eine bewußte Rechtsbeugung verstehen, sondern nur die unentrichtbare Beeinflussung der Richter durch ihre Umwelt, ihre Herkunft, ihre Erziehung und das ganze preussische System, das auf allen Staatsbeamten lastet. — Der Justizminister widerlegte diese Auffassung nicht, sondern entwirrte sich über sie. Und Herr Boisch antwortete in einer persönlichen Bemerkung darauf, daß Liebknecht bedauert hatte, daß gerade Herr Boisch, der bei der Einführung des Hausknechtsparagrafen so mannhaft klare Worte gesprochen, sich heute den Scharfmachern anschließe. Herr Boisch jagte nämlich, wie Liebknecht ihn beurteilte und ob er seine Stellungnahme bedauere, sei ihm ebenso gleichgültig wie das, was Liebknecht sage.

### Das fortschrittlich-nationalliberale Landtagswahlabkommen

für die Provinz Brandenburg, das nunmehr fast abgeschlossen ist, geht dahin:

Beide Parteien führen den Wahlkampf in allen Kreisen der Provinz gemeinsam bis auf den Kreis Brandenburg-Westhavelland-Zauch-Belzig, in dem jede Partei sich die frei und selbständige Entscheidung vorbehält. Beide Parteien sind verpflichtet, mit keiner anderen Partei ohne Zustimmung der beiderseitigen Parteileitungen irgendwelche Wahlabsmachungen zu treffen. Jede Partei bleibt in der Benennung der Kandidaten völlig frei und hat der verbundenen Partei nur nachzuweisen, daß der angestellte Kandidat auf dem Boden des Programms der präsentationsberechtigten Partei steht.

### Der Zentrumsabgeordnete Schäbler

ist in der Nacht zum Sonntag gestorben. Schon seit längerer Zeit war er schwerkrank. Schäbler, der seit 1890 dem Reichstag und von 1891 bis 1911 dem bayerischen Landtage angehört, ist einer der populärsten Abgeordneten der Zentrumspartei gewesen. Seine urwüchsig populäre Art zu reden verschaffte ihm immer die Aufmerksamkeit des Parlaments. Er vertritt im Zentrum den Flügel, der immer vorgehoben wird, wenn das Zentrum sich einmal in Opposition befindet. Es sei nur erinnernd an seine Bemerkung auf dem Mannheimer Katholikentag im Jahre 1902:

„Männer der Arbeit, wo findet Ihr wirklich Hilfe? Vielleicht beim modernen Staat, er hat nur Kanonen und Steuerzettel und lange genug hat es gedauert und der Anstrengung hat es genug bedurft, bis dieser Staat sich darauf besonnen hat, daß er auch für das Wohl derjenigen Arbeiter, die ihm angehören, in etwas zu sorgen habe. Oder findet Ihr Hilfe bei den Arbeitgebern? Wohl gibt es ihrer eine ganze Reihe, die sich auf ihre Pflicht besonnen und erkannt haben, daß der Arbeiter auch ein Mensch und nicht nur eine Zitrone ist, die man möglichst auspressen will. Aber dieser Unternehmer sind sehr wenige.“

Genau hat in diesen Worten viel Demagogie, wenn sie von dem Vertreter einer Partei gesprochen werden, die den Arbeitern so gerade Kanonen und Steuerzettel in die Hände geworfen hat. Aber Schäbler hätte dem diplomatischen Flügel des Zentrums zu nahe kommen, wenn er seine Konsumvereine als Vertreter der unteren Klassen zu loben würde.

Schäbler vertritt im Reichstag den Bamberger Wahlkreis, zu dem Zentrum absolut sicher ist. Bei der letzten Wahl zählte 14.721 Stimmen auf das Zentrum.

denen 5000 sozialdemokratische und 4400 fortschrittliche Stimmen gegenüber standen. Aus dem bayerischen Landtag wurde Schäbler bei den letzten Wahlen durch einen Liberalen verdrängt.

### Die Welfen machen Frieden.

Der Gesamtausschuß der Welfenpartei hat am Sonnabend in Hannover getagt und Stellung zu der durch die Verlobung der preussischen Prinzessin mit dem Cumberlander geschaffenen Lage genommen. Die Stimmung war eine sehr friedliche. In einer Resolution wird die Verlobung als erster Schritt auf dem Wege des Friedens bezeichnet, die welfische Partei werde weiter eintreten für das Recht auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und einen wahrhaft ehrlichen Frieden und Ausgleich der vorhandenen Gegensätze erstreben. Im Kampfe für das Recht und den Frieden erschöpfe sich die Aufgabe der deutsch-hannoverschen (Welfen-)Partei.

Die Aussöhnung der Hohenzollern mit den Cumberlandern gibt Veranlassung, wieder des Welfenfonds zu gedenken. Der „Hannoversche Courier“ spricht davon, daß der Welfenfonds in Höhe von 60 Millionen Mark jetzt ausgezahlt werden würde. Das Blatt hat übersehen, daß der preussische Landtag am 31. März 1912 einem Gesetzentwurf zustimmte, der die Aufhebung der Beschlanahme des Welfenfonds verfügte. Das ursprünglich vorhandene Kapital ist mit den aufgelaufenen Zinsen schon damals an den Cumberlander ausgeliefert worden.

### Die Weißen in den deutschen Schutzgebieten.

Die weiße Bevölkerung in sämtlichen deutschen Kolonien ist nach den letzten herausgegebenen amtlichen Jahresberichten von 21 667 Personen am 1. Januar 1911 auf 23 342 Personen am 1. Januar 1912 gestiegen, hat also eine Zunahme um 1675 Personen erfahren. Den Hauptanteil an dieser Zunahme haben Südwest- und Ostafrika. In Südwest stieg die Zahl der Weißen von 13 962 auf 14 814, hat also um 854 Personen zugenommen. In Ostafrika ist eine Zunahme von 4227 auf 4886, also um 639 Personen zu verzeichnen. Die weiße Bevölkerung Kameruns stieg von 1455 auf 1537 Personen, die von Neuguinea einschließlich des Inselgebiets von 1169 auf 1278, die von Samoa von 491 auf 500. Die weiße Bevölkerung von Togo ging von 363 auf 345 zurück. Es erklärt sich durch die Beendigung des Baues der Hinterlandbahn, während die Bevölkerungszunahme in Südwest, Ostafrika und Kamerun teilweise auch durch die Bahnbauten mitbedingt ist. Unter der weißen Bevölkerung befanden sich am 1. Januar 1912 in Ostafrika 3239 Männer, 919 Frauen und 708 Kinder, in Kamerun 1295 Männer, 178 Frauen und 64 Kinder, in Togo 282 Männer, 61 Frauen und 2 Kinder, in Südwest 9046 Männer, 2808 Frauen und 2962 Kinder, in Neuguinea einschließlich des Inselgebiets 893 Männer, 265 Frauen und 120 Kinder, in Samoa 345 Männer, 98 Frauen und 57 Kinder. Die Zunahme der Frauen im Vergleich zum 1. Januar 1911 stellt sich in unseren sämtlichen Kolonien auf 569, die Zunahme der Kinder auf 482, von denen allein 383 auf Südwest entfallen.

### Unterschlupf für den Bundeshäuptling.

Die Konservativen werden im Landtagswahlkreis Flatau-Deutsch-Krone für den verstorbenen Abg. Wilkens den Vorkandidaten des Bundes der Landwirte, Dr. Koeslke als Kandidaten aufstellen. Wieder in den Reichstag zu kommen, hat Herr Koeslke nicht die mindeste Aussicht, deshalb steckt man ihn in das Dreiklassenhaus.

### Bewilligungslustige Fortschrittler.

Die fortschrittlichen Mitglieder der Budgetkommission des Reichstags, die Abgg. Heckscher, Dr. Strune und Pieching, wollen bei der zweiten Lesung des Marine-Etats die Wiedereinziehung des abgelehnten Marine-Attachees für Argentinien beantragen. — Die Wünsche der Regierung in Form von Anträgen dem Reichstage zu unterbreiten, war bis jetzt eine Aufgabe, der sich mit Vorliebe die Nationalliberalen unterzogen haben. Jetzt scheinen sich die Fortschrittler mit ihnen in diese Aufgabe teilen zu wollen. Die Stelle eines Marine-Attachees in Argentinien, das ganze zwei Kriegsschiffe besitzt, wäre nichts anderes als eine Sinekure und dazu hat Deutschland, im gegenwärtigen Moment ganz besonders nicht, doch wirklich keine Mittel zur Verfügung.

### Belgien.

Zum Generalstreik. Der Bürgermeister von Brüssel hat auf den 23. Februar die Bürgermeister aller größeren Städte zu einer Konferenz eingeladen, um über die Frage des Generalstreiks und über etwa zu ergreifende Maßnahmen zu beraten.

### Balkan.

Zur Lage. In der Nähe von Bulair ist eine größere Schlacht im Gange. Nach einer anderen Meldung sollen die Verbündeten Bulair genommen haben. Am Sonnabend haben die Schutzmächte Kretas, England, Frankreich, Rußland und Italien, die Insel Kreta in Form von Griechenland überlassen. Nach einer telegraphischen Meldung der Agence d'Athènes aus Kanea begab sich Sonnabend der Kommandant des englischen Kreuzers „Jarrow“, bevor er die Suda Bai verließ, mit einer Kompanie Soldaten an Land, ließ die Flaggen der Schutzmächte und die türkische Flagge unter militärischen Ehrenbezeugungen einholen und die Flaggen nach den betreffenden Konsulaten und die türkische Flagge nach dem deutschen Konsulat bringen. Unmittelbar danach wurde an Stelle der türkischen die griechische Flagge gehißt.

### Amerika.

Waffenstillstand in Mexiko. Sonntag morgen 2 Uhr wurde ein Waffenstillstand auf 24 Stunden abgeschlossen. Im übrigen liegen eine Reihe einander widersprechender Meldungen vor: Madero hat abgedankt — er denkt gar nicht daran — er ist im Kompte gegen die Insurgenten gefallen. Was hier von wahr ist, müssen die nächsten Tage lehren. Zum Nachfolger Maderos soll

de la Barra ernannt sein. Nach einem Telegramm aus El Paso hat der in San Antonio, Texas, kürzlich gegen Bürgerhaft freigelassene Emilio Vasquez Gomez bei Columbus, Neu-Mexiko, die mexikanische Grenze überschritten und sich zum Präsidenten proklamiert. Jetzt sind also schon wieder zwei und, wenn Madero nicht abgedankt hat, drei Präsidenten da. Das kann noch gut werden.

### Gegen die Konsumvereins- und Warenhaussteuer.

Die Tagesordnung der Bürgerchaftsversammlung, die morgen abend stattfindet, enthält auch die Vorlage des Senats betreffend die Einführung einer Konsumvereins- und Warenhaus-Ausnahmesteuer. Wir haben bereits wiederholt eingehend nachgewiesen, daß dieser Steuerplan ebenso ungerecht wie volksfeindlich ist, daß er die Minderbemittelten mit Lasten belegt, von denen die Reichen befreit sind, daß seine Abtätigung den Gang der Entwicklung zu hemmen. In Versammlungen haben Tausende dagegen protestiert. In letzter Stunde vor der Entscheidung sei von uns noch einmal darauf aufmerksam gemacht, was beabsichtigt ist, und welche Folgen daraus entstehen müssen. Die Leitung des Konsumvereins hat eine entsprechende Eingabe an die Bürgerchaft gerichtet, die das Erforderliche sagt und aus der wir nachstehenden Auszug veröffentlichen.

Der Entwurf stellt eine nackte Ausnahmesteuer des Konsumvereins dar, indem die Erhebung einer Steuer von 1 Prozent vom Umsatz vorgeschlagen wird.

Was bedeutet der Vorschlag des Senats? Man verlangt zunächst eine schablonenmäßige Besteuerung des Umsatzes, der, wie jedermann weiß, nicht die geringste Handhabe für die Berechnung des Geschäftsgewinnes bietet. Es können Betriebe mit ganz geringem Umsatz weit größere Reingewinne abwerfen als Kiesenunternehmen mit Millionenumsatz. Es sollte eigentlich nicht erforderlich sein, in der Handelsstadt Lübeck auf diese Vinen wahrheit hinzuweisen. Man wählt für die Besteuerung des Konsumvereins einen Maßstab, der aller kaufmännischen Erfahrung Hohn spricht und den Konsumverein in schweren Konflikt bringt mit der gesetzlichen Verpflichtung, seinen Betrieb mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes zu leiten. Wer eine Umsatzsteuer von bestimmter Höhe gesetzlich festlegt, der setzt einfach stillschweigend voraus, daß solche Geschäfte keinerlei Gewinn-Schwankungen unterworfen sind, daß sie ganz mechanisch jahraus, jahrein mit festen Ueberprüfungen rechnen dürfen. Jeder Laie weiß, daß dem nicht so ist, und nicht so sein kann! Die Umsatzsteuer führt letzten Endes zu der geradezu ungeheuerlichen Konsequenz, daß Steuer von Geschäften erhoben wird, die mit Verlust gearbeitet haben, sie stellt also Verunst und Gerechtigkeit einfach auf den Kopf!

Hält man es für vereinbar mit dem Gesetze, daß in solchen Fällen der Konsumverein seinen Reservefonds angreift, um eine Steuer für ein gar nicht vorhandenes Einkommen zu entrichten?

Wird dem Vorschlage des Senats entsprochen, dann ist der Konsumverein ohne weiteres gezwungen, die Rückvergütung zu vermindern. Für uns läme der Umsatz per 1912 mit 1 205 529 Mk. in Frage, wofür nach dem Satz von 1/2 Proz. eine Umsatzsteuer von 602 764 1/2 Mark zu zahlen wäre! Hinzu kommt die Gewerbesteuer mit 2 Promille vom Umsatz und die Einkommensteuer. Insgesamt würde sich bei diesem Umsatz die Steuerlast bei Annahme des Senatsantrages auf rund 13 000 Mark jährlich belaufen. Das bedeutet eine Verminderung der Rückvergütung und des am Jahresbeginne fixierten Rabatts, die zusammen 4 Proz. des Umsatzes ausmachen, auf ca. 3 Proz., also um den vierten Teil.

Diese Steuer trifft am härtesten die eine große Kinderchar unter Sorgen und Entbehrungen ehrlich und aufopfernd heranziehenden Eltern! Sie vor allem sind genötigt, fast ihren ganzen Arbeitsverdienst für das zu des Leibes Nahrung und Notdurft am dringendsten Notwendige auszugeben. Sie haben daher den größten Jahresumsatz und eine entsprechend hohe Rückvergütung. Während kinderlose Eheleute vielleicht für 500 Mark p. a. Waren kaufen und damit heute eine Ersparnis von 20 Mk. erzielen, verbraucht die große Familie für 1000 Mark Waren und erwartet 40 Mk. Ersparnis. Nach dem Vorschlage des Senats würden davon den kinderlosen Eheleuten 3,75 Mk., der großen Familie dagegen 7,50 Mk. Umsatzsteuer abgezogen! Der elementare Grundsatz jeder gerechten Steuerleggebung, daß Leistung und Leistungsfähigkeit übereinstimmen müssen, wird damit in das Gegenteil verkehrt!

Ja, es ergeben sich noch viel schlimmere Konsequenzen, die man sich nur vor Augen zu halten braucht, um sofort die grausame Ungerechtigkeit solcher Besteuerung zu erkennen:

Das läbliche Einkommensteuergesetz läßt Einkommen unter 600 Mk. p. a. steuerfrei. Mit Recht! Was darunter ist, reicht kaum zur Befriedigung der dringlichsten Bedürfnisse. Wir haben aber leider viele Mitbürger, die steuerunfähig sind. Darunter befinden sich zahlreiche Witwen, die mit ihrer Hände Arbeit oft noch eine Anzahl Kinder zu erhalten haben, Alters-, Invaliden- und Unfallrentner usw. Gerade diese Leute haben zwingenden Grund, jede, auch die kleinste Ersparnis sich zunutze zu machen, wollen sie nicht hungern, und können sich daher durch Mitgliedschaft im Konsumverein wesentliche Erleichterungen verschaffen. Wird nun der Vorschlag des Senats Gesetz, dann zieht man diese bedauernswerten Menschen, die daselbst Gesetz für nicht steuerfähig erklärt, durch Konfiszierung von 25 Proz. ihrer Rückvergütung in höherem Maße zur Steuer heran als einen Zehnten der unteren Steuerstufe, dem das Kinderprivileg zustatten kommt!

Das müßte geradezu aufreizend wirken!

Wenn es die Finanzlage des Staates erheischt, wird es ja vielleicht nicht zu vermeiden sein, auch den Arbeiter durch die Einkommensteuer etwas mehr als bisher zu belasten. Dieser wird das Mehr vielleicht ungern zahlen, weil es ihm sauer fällt. Aber es wird ihm der Gedanke nicht kommen an ein soziales Unrecht, weil er weiß, daß auch die reichen Leute entsprechend höhere, progressiv gesteigerte Steueraufschläge zahlen müssen.

Die Umsatzsteuer aber muß er als nacktes, sämmeres Unrecht empfinden, weil sie ihn trifft, seinen reichen Mitmenschen aber völlig ungeschoren läßt!

Dem der Einkaufsvorteil, der dem Arbeiter in Form von Rabatt und Rückvergütung zufließt, ist im Grunde doch nichts weiter, als der Vorteil des Bar- und Großkaufs, den der Wohlhabende sich in vielen Fällen sichern kann; während er dem Unbemittelten immer verloren geht. Der genossenschaftliche Warenbezug ist die einzige Maßnahme, ihm das zu bieten, was seinen reichen Mitmenschen mühelos zufließt. Und dafür, daß er sich nun als verdrängter, sorgender Familienvater

Weniger gleiche Vorteile zu verschaffen sucht, soll er durch eine harte, unbillige Ausnahmestruke gestraft werden, sucht man als Einkommen zu steigern, was keins ist!

Die Konsumvereinsumfassener würde eine neue indirekte Steuer sein und, wie alle indirekten Steuern, gerade die wirtschaftlich schlechtesten gesteuerten Arbeiter am empfindlichsten treffen.

Nach hat das Volk die Reichsfinanzreform, die den Staat der Arbeiterfamilie stark ins Bankrott brachte, nicht vergessen. Will man in den Fehler des Reichs verfallen, die Stärkung der Staatsfinanzen durch ungebührliche Belastung der mindertragfähigen Schulkern zu erproben? Und will man zur Verhinderung materiellen Unrechts und leiblicher Not den Zugriff fügen, hemmend auf höherpersönliche soziale Bestrebungen dieser einzuwirken, die aber auf eigene Kraft den harten Kampf um wirtschaftlichen Fortschritt wagen, während sozial wesentlich günstiger gestellte Kreise unablässig die Hilfe der Allgemeinheit anrufen?

Uns will es unmöglich dünken, daß in einer Stadt, in der Handel und Industrie eine eifrige Förderung erfahren, die Gesetzgebung sich in solche verbitternde Kleinlichkeit verlieren könnte.

Wir können auch nicht glauben, daß um einer Summe willen, die für den Empfänger Staat nur den Tropfen auf den heißen Stein bedeutet, man bereit sein könnte, tausenden armer Mitmenschen ihre kleinen Erparnisse zu schmälern, einen Teil ihres Notpennings zu konfiszieren!

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 17. Februar.

**Zur Tarifbewegung der hiesigen Holzarbeiter** ist zu berichten, daß die Holzarbeiter in einer äußerst stark besuchten Versammlung den vom unparteiischen Schiedsrichter Freiherrn v. Berlepsch gestellten Schiedspruch, der für eine Vertragszeit von 4 Jahren Arbeitszeitverkürzung von 1 Stunde die Woche und Lohnerhöhung von 6 Pfg. die Stunde vorsieht, angenommen worden ist. Die zweite Stunde Arbeitszeitverkürzung, auf 52 Stunden die Woche, soll laut des Schiedspruches erst in der nächsten Vertragsperiode eingeführt werden. Obgleich durch diesen Schiedspruch manche berechtigten Wünsche der Lübecker Holzarbeiter unerfüllt bleiben, so haben sie demselben dennoch zugestimmt, weil sie sich von dem richtigen Gedanken leiten lassen, daß, wenn man sich einmal einem Schiedspruch unterworfen hat, dann denselben nachher schwerlich ablehnen kann. Anders scheinen die hiesigen Arbeitgeber die Sache anzufassen. Sie haben den Schiedspruch in ihrer Versammlung abgelehnt. Welche Gründe sie zu dieser Stellungnahme veranlaßt haben, ist schwer zu erraten, um so weniger da der Zentralvorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes dem Schiedspruch zugestimmt und sich verpflichtet hatte, mit allen Mitteln für die Annahme desselben in allen Orten zu sorgen. Soviel ist sicher: die Ablehnung der hiesigen Arbeitgeber kann an der Einführung des Schiedspruches durchaus nichts ändern, nachdem derselbe in Berlin und den meisten Großstädten bereits von den Arbeitgebern angenommen ist. Die Holzarbeiter Lübecks können daher nicht nur zuversichtlich, sondern sogar heiteren Mutes dem weiteren Gang der Dinge entgegensehen.

**Kinderfürsorge.** In einer von Mitgliedern des Rates und der Vorstände der Bürgerschaft zu gestern einberufenen Versammlung wurde folgender Beschluß gefaßt: Als Ausdruck des Dankes für die 25jährige segensreiche Regierung Kaiser Wilhelms II. wird in Lübeck eine Stiftung errichtet, die den Namen „Kaiser Wilhelm II. Kinderfürsorge“ trägt. Die Stiftung bezweckt die Hebung der Volkswohlthat durch Förderung der Kinderfürsorge. Das Kapital der Stiftung wird durch freiwillige Gaben zusammengebracht werden. Es soll für alle Zeit erhalten bleiben. Zinsen werden zur Unterstützung Lübecker Stifte und Vereine verwandt, die sich auf dem Gebiete der Kinderfürsorge bewährt haben. Die Verwaltung der Stiftung wird einem Vorstände von 10 Mitgliedern anvertraut werden. Ständige Mitglieder sind der Bürgermeister der Hansestadt Lübeck und der Vorsitzende der Lübecker Bürgerschaft.

**Will man nichts sehen?** Von baugewerblicher Seite wird uns geschrieben: Wenn bei Ausführung von Neubauten großstädtische Einrichtungen verwandt werden, so kann man nichts dagegen einwenden. Die Hauptsache ist, daß dabei die nötigen Vorrichtungsmaßnahmen getroffen werden, welche zum Schutz der dabei beschäftigten Personen notwendig sind. Wenn man augenblicklich in der oberen Johannisstraße beim Bau Karstadt vorbei geht, kann man den Tag über sehen, daß hunderte Passanten die Hinaufbeförderung der Baumaterialien durch den großen Hebekran betrachten. Aber wenige werden sich bewußt sein, in welcher gefährlichen Situation sie geraten können, wenn infolge Zerreißen des Seiles oder eines sonstigen Defekts die Last herabfällt. Geradezu gefährlich ist es zu nennen, wie die Ziegelsteine in einer hochbeladenen Schieflarre direkt vom Wagen heraufbefördert werden; wie leicht ist es möglich, daß ein Stein herabfällt und der auf dem Wagen Stehende ist verloren, weil er nicht in der Lage ist, auszuweichen. Deshalb verlangen wir, daß zur Hinaufbeförderung des Materials Einrichtungen verwandt werden, die das Herabfallen der Steine ausschließen. Geradezu verwunderlich ist es, daß, wenn die Vertreter der Bauwesen es erlaubt, die Baupolizeibehörde dieses gefährliche Schauspiel duldet.

**Der Lübecker Lehrerverein** befahte sich am Freitagabend in einer gut besuchten Versammlung mit der Stellung des Lehrers zur Weltfriedensidee. Einige Hamburger Lehrer waren erschienen, um ihren Lübecker Kollegen nachzuweisen, daß der organisierte Massenmord, Krieg genannt, ein Anachronismus unserer Zeit ist, daß er moralisch und wirtschaftlich zu entbehren ist, daß die ungeheuren Summen, die für den bewaffneten Frieden auszugeben werden, viel zweckmäßiger für Kulturzwecke aufgewendet werden können. Es sei einer großen Kulturnation wie Deutschland unwürdig, für Einrichtung von Kindergärten etwa nur den tausendsten Teil von dem jährlich auszugeben, was ein Dreadnought kostete. Der Krieg sei kein Naturgesetz, sondern Menschenwerk, von Menschen zu seiner jetzigen grauhaften Höhe emporgeschraubt, und deshalb auch von Menschen wieder abzuschießen. Gesetz und Recht müsse die Geschichte der Völker leiten, die im internationalen Leben herrschende Anarchie müsse aufhören. Der Lehrer von heute sei berufen, sich frei zu machen aus den Fesseln veralteter Anschauungen, und müsse dazu beitragen, den Geist und die Gedanken einer neueren, höheren und besseren Kulturperiode zu verbreiten. In Frankreich hätten sich 98 000 Lehrer einmütig gegen den Krieg und für das Schiedsgericht ausgesprochen. In Deutschland sei man leider noch nicht so weit. Die Versammlung nahm am Schluß eine Resolution an, in der zum Ausdruck gebracht wurde, daß alle Veränderungen des territorialen Besitzes der Staaten ausschließlich durch Verträge herbeigeführt und etwaige Streitigkeiten einem internationalen Schiedsgerichtshof unterbreitet werden möchten.

**b. Straßengang am 15. Februar.** Eine Richterbesetzung am Sonntagabend eines größeren Kreis Rechtshofes an. Besonders die Juristen folgten hier an der Verhandlung mit Interesse. Zur Verteidigung waren drei Anwälte aus Berlin, Hamburg und Kiel erschienen, von denen 20 Zeugen kamen solche aus Danzig, Berlin und Kiel. Der

27jährige Referendar Kröger hatte also einen großen Apparat aufgebaut, um sein Ansehen zu retten. Der Angeklagte — der auf einem Poststuhl Platz genommen hatte — wollte in übertriebenem Eifer unausgefordert und zu später Nachtstunde im Restaurant amliche Geschäfte erledigen und machte dabei eine Bemerkung, durch die sich der hiesige Gewerbeichter beleidigt fühlte. Wir wollen nicht gar zu weit ausschöpfen, denn die umfangreiche Zeugenvernehmung hatte hauptsächlich den Zweck, die bestehenden Auslagen der Gebrüder Gollbach vom Hansa-Theater und der Chefrain in ihrer Glaubwürdigkeit zu erschüttern. Im September brachten wir einen ausführlichen Bericht über eine Gewerbeichterprüfung, die sich um die Klage des Kunstgesangs „Edeletraute“ gegen die Gebrüder Gollbach vom Hansa-Theater drehte. Ehe diese Klage zur Verhandlung stand, ging Referendar Kröger um die achte oder neunte Abendstunde zu Gollbach, stellte sich als einen Herrn vom Gericht vor, der in der Klageklage „Edeletraute“ einen Vergleich anbahnen wollte. Es sei am besten, wenn die Klage beigelegt würde, denn die Herren vom Gericht seien alle für die klagenenden Mädchen eingenommen gewesen und der Gerichts vorsitzende sei ein Damenfreund. Es helfe ihm nichts, er werde schlankwegs verurteilt. „Sie kennen die Lübecker Gerichte nicht, da sind schon ganz andere hereingefallen.“ So mit diesen und anders umschriebenen Worten versuchte sich der eifrige Herr Geltung zu verschaffen. Frau G. Gollbach machte auf die zarte, dem Gewerbeichter zugesprochene Anspielung den Einwand, es komme doch wohl noch bei der Freundschaft auf den Geschmack an und lud den Herrn ein, im Theater einen Logenplatz einzunehmen. Kröger wurde gebeten, wiederzukommen, wenn Direktor R. Gollbach zurückgekehrt sei. Da erklärte der Referendar, wenn sie heute abend die Damen nicht sitzen ließen, würde er den ungestempelten Vertrag mit dem Gesangsreis der Steuerbehörde überweisen, so daß dann Strafe erfolge. Er machte ferner Andeutungen über Schlupfrigkeiten im Kabarett, wie sie die Klägerin ausgesprochen habe. Daraufhin wurde Kröger zur Kabarettvorstellung eingeladen, um sich selbst von der Güte des Gebotenen zu überzeugen. Zu später Nachtstunde kam R. Gollbach von der Reise zurück, und da stellte sich der Herr Referendar in halbsamlicher Eigenschaft wieder vor. Auch diesem gegenüber soll der Auspruch gefallen sein: Wenn der Richter Sie erst hat, werden Sie so wie so verurteilt, da kriegt keiner Recht. Ein zufällig im Kabarett weilender Rechtsanwalt, der mit dem Angeklagten befreundet ist, wurde von ihm um Beihilfe angegangen, aber dieser winkte begreiflicherweise ab: „Mensch, was machst denn, bist Du verrückt!“ Die Gebrüder Gollbach waren natürlich über diesen Vorfall empört und meldeten ihn nach 14 Tagen ihrem Rechtsanwalt. Dieser fand die Sache ganz interessant, ließ sich von den Direktoren das Gespräch diktieren, um mit seinen Kollegen Rücksprache zu nehmen. So kam die Anzeige über die Richterbeleidigung zustande, an der übrigens die Gebrüder Gollbach nach wiederholter Auslage nicht das mindeste Interesse haben, ja es tut ihnen leid, daß die Angelegenheit sich so weit zuspitzte. Referendar Kröger gab gleich zu Beginn der Verhandlung bekannt, daß er weder seinem Vorgesetzten, dem Oberamtsrichter Dr. Levertühn, noch dem Landrichter Dr. Eichenburg irgendwelche Vorwürfe machen wolle, es sei ihm lediglich um einen durchaus zufälligen Vergleich zu tun gewesen, denn Herr Gollbach sei ihm bekannt. Dem Rechtsbeistellenden, der den Angeklagten im Kabarett warnte, erklärte er, daß diese Beilegung üblich sei. Tatsächlich hatte Kröger am Volksfest einen solchen Vergleichsvertrag ebenfalls auf so quasi eigene Faust unternommen. Oberamtsrichter Levertühn als Vorsitzender des Gewerbegerichts bemerkte hierzu, daß allgemein die Gepflogenheit herrsche, bei Klageanträgen mit den Arbeitgebern telephonisch in Verbindung zu treten, damit die Sache halbwegs geklärt werde. Zweck der Gewerbegerichtsinstanz in ganz Deutschland sei ja in erster Linie, Vergleiche herbeizuführen, und Lübeck mache hierin keine Ausnahme. Aber eine Generalanweisung, eigenmächtig vorzugehen, habe er nicht gegeben. Man müsse darin sehr vorsichtig zu Werke gehen. Als Mensch berühre ihn der beleidigende Anwurf nicht, aber als Vorsitzender des Gewerbegerichts. Wie gesagt, es galt vor allem, die Glaubwürdigkeit der Belastungszeugen zu erschüttern; wäre dies Experiment der Verteidiger gelungen, wäre die Richterbeleidigung in Zweifelsfall gezogen worden und die vorläufige Einmischung in Rechtsstreite zu bewerten worden, wie ein guter Freund den Angeklagten — der übrigens stets als Herr Referendar angerebet wurde — kennzeichnet: Wenn Kröger etwas hört, muß er sich sofort hineinmischen. Er hat die unüberwindliche Neigung sich wichtig zu machen. Er muß überall dabei sein. Er hat eine lebhafteste Phantasie, erzählt Geschichten, die man nicht ganz für vollwertig nehmen kann. Daß diese große Wichtigkeit soweit geht, daß sie zur Unwahrheit führt, glaubt der Zeuge nicht. Auf die tiffeligen Kreuz- und Querfragen der Verteidiger mit den Zeugen, unter denen Richter und Rechtsanwälte waren, wollen wir nicht weiter eingehen. Der Staatsanwalt beantragte 3 Wochen Gefängnis. Das Gericht sah in den Worten, der Gewerbeichter sei ein Damenfreund, eine schwere und häßliche Beleidigung, und zwar eine solche wider besseres Wissen. Der Angeklagte habe keine Vollmacht gehabt, als Beauftragter des Gerichts aufzutreten. Er habe in amtlicher Eigenschaft gehandelt im Auftrag eines Instituts, dem er zur Ausbildung überwiesen worden sei. Da hätte er doppelt vorsichtig sein müssen, nachdem ihm schon eine andere Karriere fehlergeschlagen sei. Die Behauptungen seien frivol, mißlernd komme nur in Betracht, daß er keine andere Nebenabsicht gehabt habe, als nur der Sache zu dienen. Der Angeklagte habe sich höchst auffallend verhalten, aus einem Gefühl der Wichtigkeit heraus, und mit dem ungestempelten Vertrag in der Tasche habe er außerordentlichen Mangel an Takt bewiesen. Unter Verursachung mißlernder Umstände wurde Kröger zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Kosten fallen, wenn sie vom Angeklagten nicht zu erlangen sind, der Lübecker Staatskasse zur Last.

**Die Unterzahlungen des Matlers Höppler**, der sich der Staatsanwaltschaft gestellt hat, sind, wie jetzt berichtet wird, weit höher, als er bei seiner Selbstbeziehung angegeben hat. Er nannte eine Summe von 10 000 Mark, bemerkte aber gleich, daß er die Höhe der veruntreuten Gelder nur ungefähr angeben könne. Auf dem Grundbuchamt war in den letzten Tagen ein großer Andrang von Leuten, die ihre Gelder durch H. in Hypotheken belegen ließen, um nachzuweisen, ob das Geld auch belegt sei. Die veruntreute Summe soll sich schon auf annähernd 100 000 Mark belaufen und diese Annahme geminnt an Wahrscheinlichkeit, da Höppler für einen Angehörigen 40 000 Mark geborgt haben soll, die er ihm anvertrauten fremden Geldern entnehmen mußte.

**Es krümt — zu früh.** Von diesem Winter hätten wir nicht allzu viel verspürt, wenigstens meldete sich die Kälte nur beiläufig an. Recht so. Sie ist ein gefürchteter Gast in Arbeiterräumen, wo die Kohlen rar sind und der Verdienst knapp ist. Wo Hunger und Kälte miteinander streiten, da steht's trostlos aus. Zwar, erfreut auch ein winterlicher Sonnenstrahl bedrückte Herzen, läßt wohlgefällig das Auge auf schneebedeckten Flächen und trübseligen Zweigen ruhen, während des Wanderers Fuß auf knarrendem Schnee stampft. Aber erst, wenn der Winterstille nachträglich wird, die harten Winde davonjaßen, liebt's hoffnungsschwanger in der Luft, beginnt das Frühlingwachen. Frühlingstarren und Doffen sind wir angetan. Noch können wir den Winter nicht ohne unbillig zu sein verabschieden

und doch drängen sich die Frühlingssendboten fürwichtig hervor. Schon beginnen die Sträucher unserer Anlagen zu grünen, im verlassen daliegenden Stadtpark sind an manchen Stellen Duhende mit zarten Blätchen überzogen, wie's sonst erst viele Wochen später zu schauen ist. Noch dringt vereinzelt an der Meise schwaches Stimmchen vom kalten Geist her, unterbricht kurzer Finkenflug die Stille, arbeitet sich in die fällige „Dr. Sperling“ auf halbe Pappelhöhe. Wie lange noch so vereinzelt? Bei dieser lauwarmen Vorarbeit braucht's nur wenig Tage der Sonnenstrahlen, um das halberwachte Pflanzenleben ganz zu wecken. Mag's auch nochmal den frühen Traum verwehen, des Winters größte Nacht ist gebrochen, als unbeschaglicher Besucher wird nur bedingte Gastfreundschaft gewährt. Dann schließt's und sprich's mit Tropenmacht. Die jetzt so zaghafte Sprache der Vögel geht über in vollen Gesang, in frohlockenden Jubel zu neuem Leben in Feld und Wald. Bringt uns der kommende Frühling so viel Sonnenschein als Herbst und Winter Regen sandten, dann werden alle Herzen höher schlagen.

**Konkursöffnung.** Ueber den Nachlaß des am 7. Febr. 1913 in Lübeck verstorbenen Kaufmanns Carl DeLis ist am 15. Februar 1913, vormittags 10 Uhr das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Rechtsanwalt Dr. Fod in Lübeck wurde zum Konkursverwalter ernannt.

**Das zehnte Kreisturnfest** des dritten Kreises vom Arbeiter-Turnerbund — der Schleswig-Holstein, Lübeck, Mecklenburg, Hamburg und der Provinz Hannover umfasst — wird vom 26. bis 28. Juli dieses Jahres in Lübeck abgehalten. Als Festplatz ist der Landungsplatz des Lübecker Vereins für Luftschiffahrt an der Fraaißdorfer Allee für diesen Zweck gewonnen worden. Es werden 4-5000 Turner an dieser Veranstaltung teilnehmen.

**pb. Stadtbriefing.** Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Bekheim, der seitens der Staatsanwaltschaft in Bochum wegen Einbruchsdiebstahls stadtbrieflich verfolgt wird.

**pb. Vermißt.** Seit dem 3. d. M. morgens hat sich das Dienstmädchen Elviede Harber genannt Bröhl's aus dem Hause seiner Dienstherrin in Bekerau heimlich entfernt und ist bisher nicht zurückgekehrt. Es wird vermutet, daß die Vermißte von Heimweh gequält, planlos umherzieht, oder daß ihr ein Unglück zugefallen ist. Das Mädchen ist etwa 17 Jahre alt, 1,55 bis 1,60 Meter groß, hat blondes Haar, blaue Augen und war bei seinem Fortgange bekleidet mit dunkelblauem Morgenrock, dunkelblauer Kremlschürze, schwarzen Strümpfen und Schnürschuhen.

**Volksvorstellung im Stadthallentheater.** Man schreibt uns: Heute, Montag, gelangt der lustige Schwank „Die abgetretene Frau“ noch ein letztes Mal zum Einzelpreis von 50 Pfg. auf allen Plätzen zur Wiedergabe. Dienstag wird ein neuer Schläger, der Schwank „Die Doppel-Ehe“, zum ersten Male gegeben.

**„Rund um die Auster“** bleibt wegen des riesigen Erfolges noch bis 28. Februar im Haupttheater mit den Gebrüder Wolf in den Hauptrollen. Nachdem es bereits bekannt war, daß ab heute die Gebr. Wolf außer ihren bekannten Schlägern noch neue Gesangsnummern bringen, ebenso wie sämtliche Solisten, mußten am Sonntag wieder Hunderte an der Kasse unrichtiger Weise fortgehen. Des enormen Andranges wegen findet im Rigarregenschäft Sager, Marktmarkt, bereits bis Sonntag der Vorverkauf statt.

**Moising.** Eine gutbesuchte Protestversammlung gegen die geplante Ausnahmesteuer gegen den Konsumverein tagte hier am Sonntagabend im Lokale der Frau Schreiber. Genosse Stellung legte in eingehender Weise die Ungerechtigkeit der geplanten Steuer dar und forderte u. a. zur regen Propaganda für die Erwerbung des Bürgerrechts auf. In der Debatte ergänzten die Genossen Stark und Burmeister die Ausführungen des Redners.

**Schiaput.** Die Parteiversammlung nahm gestern einen Vortrag des Genossen Löwig-Lübeck über das Thema „Republik oder Monarchie“ entgegen und bekräftigte ihr Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten durch lebhaften Beifall. Im Besonderen wurde berichtet, daß der Abonnementstand des „Lübecker Volksboten“ in Schlußkapitel eine recht erhebliche Höhe erreicht hat.

**Travemünde.** Eine gut besuchte öffentliche Volksversammlung fand am Sonntagabend im Lokale des Herrn Gebert statt. Genosse Mehlert referierte über die geplante Umsatzsteuer gegen den Konsumverein. Seine Ausführungen fanden großen Beifall. In der Diskussion sprachen noch die Gen. Jaesat und Michel, die ebenfalls sich scharf gegen die geplante Steuer wandten.

**Fürsintum Lübeck.** Die diesjährigen Musenerungen im Fürsintum Lübeck werden abgehalten: 1. in Schwartau in Jürgens (Heuers) Hotel a) Mittwoch, den 19. Februar, vormittags 10 Uhr, für die Gemeinden Schwartau, Ost-Katekau, West-Katekau. b) Donnerstag, den 20. Februar, vormittags 10 Uhr, für die Gemeinden Obermohle, Kurau, Stockelsdorf, Renfeld. 2. in Ahrensböck in Weidemanns Hotel Freitag, den 21. Februar, vormittags 9 Uhr, für die Gemeinden Stadt und Land Ahrensböck, Sisel, Sölin, Sniffau und Gleichendorf. 3. in Cutin in Köpers Gasthof zum Landhaus, Königstraße 1, a) Sonnabend, den 22. Februar, vormittags 9 Uhr, für die Stadt Cutin und die Gemeinde Redingsdorf, b) Montag, den 24. Februar, vormittags 9 Uhr, für die Gemeinden Land Cutin, Malente, Neufischen, Bolau. Die Lotung und Verhandlung der Reklamationen erfolgt Montag, den 24. Februar, in Köpers Gasthof zu Cutin.

**h. Renfeld.** Die neue Wegegesetzgebung, im benachbarten Schwartau fand am 15. d. M. eine Versammlung statt, in der das neue Wegegesetz erläutert wurde. Diese Aufgabe hatten der Regierungsrat Scher und Steuerberater Christianen übernommen. Die Versammlung war gut besucht. Erschienen waren außer den Gemeindevorstehern 4 Genossen aus dem Renfeldener Gemeinderat. Außerdem bürgerliche Gemeindevorsteher der Gemeinden Renfeld, Schwartau, Stockelsdorf und Obermohle. Auch Nichtmitglied der Vertretungen nahmen daran teil. Eine Delegation der sozialdemokratischen Fraktion Stockelsdorfs war nicht entjandt. Bemerkenswert aus dieser Versammlung ist, daß der Regierungsrat sowie der Steuerberater die Beschaffenheit der Wege sehr tadelten. Lehterer wies darauf hin, die Wege seien so beschaffen, daß eine Inspektion in der nächsten Jahreszeit, die von einem Genossen vorschlagen wurde, nicht stattfinden könnte. Im Februar und März könnte er mit Wagen nicht durchkommen. Wenn man bedenkt, daß er mit leichten Wagen, bespannt mit 2 Pferden, nicht durchkommen konnte, so sind weitere Worte überflüssig. Im Schlußwort wünschte aber der Regierungsrat die Gemeinden, die jetzt als Träger der Wege laien in Frage kommen, sollten sich den guten Ruf, den das Fürsintum in Beziehung auf Wegeverhältnisse erworben habe, erhalten. Wie diese Erklärung mit der vorgenommenen Inspektion zu bringen ist, bleibt ein ungelöstes Rätsel. Ob der Regierungsrat an die paar Landeshaufen des Fürsintums gedacht hat, oder ob es einen Knig den zahlreich erschienenen Anartern gegenüber bedeuten soll, bleibt ungeklärt. Eine Diskussion war des Schlußwortes wegen ausgeschlossen.

**Hamburg. Eine Schiffskatastrophe bei Borkum.** Fünf Mann ertrunken. Der Stettiner Dampfer „Christiana“ der Reederei Emil R. Kehlaff, Kapitän Georg Wertensen, mit einer Erladung von Huelva nach Stettin bestimmt, ist Donnerstag auf der Höhe von Borkum mit dem Dampfer „Galata“ der Deutschen Levante-Linie, der mit Südgütern nach Alexandria unterwegs war, zusammengestoßen und innerhalb fünf Minuten gesunken. Das Schiff wurde zwischen Luke 3 und 4 getroffen und ist so schnell gesunken, daß sich von der aus 25 Mann bestehende Besatzung nur 15 Mann in ein Boot retten konnten, während die anderen 10 Mann mit dem Dampfer untergegangen sind. Der Besatzung der „Galata“ gelang es, von den mit der „Christiana“ untergegangenen noch fünf Mann aufzufischen, während die anderen fünf ertrunken sind. Der Dampfer „Galata“ hat ein etwa zwei Quadratmeter großes Leck am Bug erhalten und mußte nach Hamburg zurückkehren. Ertrunken sind der 23jährige Maschinist Friedrich Lehninghaus aus Hagen in Württemberg, der 41 Jahre alte zweite Offizier Friedrich Winkler aus Sorau, der 21 Jahre alte Zimmermann Albert Mohr aus Wollin, der 18jährige Trimmer Otto Junf aus Stettin und der 24 Jahre alte Heizer Karl Schmitt aus Wismar.

**Hamburg. Streit im Hamburger Hafen.** Durch eine beispiellose Provokation der Hafnarbeitergruppe der Bunkerleute ist im Hamburger Hafen ein Kampf herausgebrochen, der leicht größere Dimensionen annehmen kann. Die Kohlenhebergesellschaft m. b. H. zu Hamburg hatte zum 1. Januar ds. Js. einen Tarif gekündigt, der zwischen ihr und dem Deutschen Transportarbeiterverband für die bei ihr beschäftigten Kohlentrimmer abgeschlossen war. Nach langwierigen Verhandlungen erklärten sich die Arbeiter um des lieben Friedens willen schließlich bereit, unter den Bedingungen des alten Tarifs weiter zu arbeiten. Aber selbst dieses weitgehende Zugeständnis befriedigte die mit dem Hafnarbeiterverein im Bunde stehende Kohlenhebergesellschaft noch nicht, sondern sie wollte vielmehr sämtliche Positionen des Tarifvertrages ändern und wesentliche Verschlechterungen hineintragen, die sich auch besonders auf die Lohnhöhe erstreckten. Da die Verhandlungen ergebnislos verliefen, gab die Gesellschaft am 6. Februar den Kohlentrimmern die Arbeitskarten zurück, womit die Arbeiter ausgeperrt waren. Der Hafnarbeiterverein unterstützte die Kohlenhebergesellschaft durch, daß er für die Ausgeperrten die durch Sklavenverträge gescheiterten sogenannten Kontraktarbeiter anstellte. Hiesige diese Tat sachen schon lebhafteste Erregung unter der Arbeitererschaft des Hafens hervor, so mußte sie das folgende Stücken des Hafnarbeitervereins aufs höchste empören. Die Schiffe werden nicht nur von der Kohlenhebergesellschaft, sondern auch von sogenannten Handgängern, den Bunkerleuten, mit Kohlen versehen. Für diese Bunkerleute hat nun der Deutsche Transportarbeiterverband erst im Mai des verflossenen Jahres einen Tarifvertrag mit dem Hafnarbeiterverein abgeschlossen. Trotz dieser tariflichen Verpflichtungen stellte der Hafnarbeiterverein auch für die Bunkerleute mehr und mehr Kontraktarbeiter an, deren Lohn- und Arbeitsbedingungen von denen des Tarifvertrages wesentlich verschieden, das heißt, schlechter sind. Wenn sie nicht zusehen wollten, daß einer nach dem andern auf das Straßenpflaster flog und so der Tarifvertrag auf diesem bequemen Umweg abge-

würgt wurde, blieb den Arbeitern zur Abwehr lediglich die Arbeitseinstellung. Dem allgemaligen Hafnarbeiterverein, der im Vorjahre zum erstenmal sich zu Verhandlungen mit der Organisation bereit fand, scheiterten die kaum abgeschlossenen Tarifverträge schon nicht mehr zu gefallen. Sein Vorgehen macht aber jeden Tarifabschluß zu einer Farce. Es handelt sich also um einen wichtigen prinzipiellen Entscheid. Das weiß die Arbeitererschaft des Hamburger Hafens und verfolgt aufmerksam den Fortgang dieses Kampfes, der unter Umständen in kurzer Zeit den ganzen Hafen ergreifen kann. Die Arbeiter sind zu jeder annehmbaren friedlichen Beilegung des Konfliktes bereit, wie sie ja auch an seiner Entstehung nicht den geringsten Anteil haben. Bisher sind etwa 500 Arbeiter ausständig.

**Stiel.** Wegen Tötung im Zweikampf hatte sich vor dem Schwurgericht unter außerordentlichem Andrang des Publikums der Studierende der Medizin Helmuth Sasse von der hiesigen Landmannschaft Troglodytia zu verantworten. Er hatte auf der Mensur gegen den Studierenden Rogge von der Landmannschaft Sleswico-Holsatia diesem eine Verwundung beigebracht, an deren Folgen der Verletzte gestorben ist. Die Geschworenen verneinten den Zweikampf mit Tötung, bejahten nur den Zweikampf, worauf der Angeklagte zu 3 Monaten Festungshaft verurteilt wurde. — Wenn ein Arbeiter zu einem Arbeitswilligen Streikbrecher sagt, so kommt ihm das teurer zu stehen, als wenn ein Student jemand im Zweikampf tötet. Und da gibt es Leute, die noch zweifeln, daß es gerecht zugeht in der Welt!

**Waren.** Vom Pferd erschlagen. Der 15jährige Sohn des Gutarbeiters Wischmann, der als Stallburische beschäftigt wurde, erhielt von einem Füllen einen Hufschlag am Unterleib, der eine Zerreißung des Darms zur Folge hatte und nach wenigen Stunden zum Tode führte.

**Selgoland.** Zwei Matrosen ertrunken. Sonntag nachmittag unternahmen drei Matrosen von der zweiten Kompanie der Matrosenartillerie eine Ruderpartie. Hierbei kenterte das Boot und die Matrosen Alfes und Börsfeld ertranken, während der Matrose Venroth gerettet worden ist. Die Leiche Alfes ist bereits geborgen.

**Stade.** Der Arbeiterturnerbund ist nicht politisch. Zu vorstehendem Urteil ist die Strafkammer in Stade (Provinz Hannover) gekommen, nachdem sie bisher anderer Ansicht war. Zwölf Mitglieder der Arbeiterturnerschaft Harburg hatten je ein polizeiliches Strafmandat über 20 Mk. erhalten, weil sie sich geweigert hatten, das Statut des Vereins und die Mitgliederliste des Vorstandes der Polizei einzureichen. Die freie Turnerschaft von Harburg wurde von der Polizei als ein politischer Verein angesehen. Ferner sollen die Angeklagten Jugendliche in diesem „politischen Verein“ gebildet haben. Schöffengericht und Landgericht behielten den Strafbefehl; das Oberlandesgericht verurteilte jedoch das schöffengerichtliche Urteil wegen Rechtsirrtums an das Landgericht zurück. Das Oberlandesgericht führte aus: es müsse festgestellt werden, inwiefern jeder einzelne der Angeklagten Jugendliche im Verein gebildet habe. Die Tatsache allein, daß Jugendliche dem Verein angehören, genüge nicht, um alle Angeklagten für strafbar zu halten. Dann moniert das Oberlandesgericht

die „Feststellung“ des politischen Zwecks des Arbeiterturnerbundes Deutschlands, dem die freie Turnerschaft Harburg angehört, als unzulänglich, indem das Landgericht kurzerhand erklärt hat, der politische Charakter im Sinne der fraglichen Gesetzesbestimmung sei „von verschiedenen Gerichten einwandfrei festgestellt“. Im neuen Termin vor dem Landgericht Stabe suchte der Staatsanwalt mit aller Energie eine neue Beurteilung herbeizuführen; doch konnte das Gericht diesmal nicht die mindesten Tatsachen erkennen, die auf den politischen Charakter der freien Turnerschaft Harburg oder des Arbeiterturnerbundes schließen lassen. So kam das Gericht zu einer Freisprechung sämtlicher Angeklagten. Die Kosten, auch die der Revision, trägt die Staatskasse und die baren Auslagen werden den Angeklagten ersetzt.

### Theater und Musik.

**Im Neuen Stadttheater** wurde gestern Abend eine neu-frisierte alte Berliner Posse heraufgebracht, die zwar einige erheitende Szenen enthält, sonst sich jedoch kaum für eine Bühne, die ernst genommen sein will, eignet. Allerdings, wenn man bedenkt, daß schon von unserm Stadttheater ein Prozeß um das Aufführungsrecht der Revue „Rund um die Wälder“ geführt wurde, so wird man sich nicht wundern, daß man die „Bummeleluden“ so heißt die Posse, für unsere städtische Bühne erwarb. Als Fastnachtsspektakel betrachtet, ist die Sache gar nicht so übel. Gespielt wurde von den Herren Heydecker, Wauky, Schweisguth, Verton, Albert, Tröndle und Lehmann, der mit Recht andauernd betonte, daß ja alles Unsinn sei, sowie von den Damen Renner, Kaps und Süppeden mit gutem Humor. P. L.

### Handels- und Marktnachrichten.

**Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 14. Februar.**  
 Auftrieb 1560 Schweine. Markt lebhaft.  
 Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 280 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 76,— (— bis 61,— Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—280 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 75,— (— bis 60,00 Mk.) Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 75,00 bis 76,00 (58,50 bis 59,50 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 75,— bis 76,00 (58,50 bis 59,50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 70,— bis 74,— (53,00 bis 56,00) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 73,— bis 74,— (58,50 bis 59,—) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 68,— bis 72,— (53,00 bis 56,00) Mk.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachargebiet“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellung, Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

**Telephonisch**  
 können Inserate nur ausnahmsweise in ganz dringenden Fällen angenommen werden. Für die richtige Wiedergabe telephonisch aufgegebenen Inserate übernehmen wir keine Garantie und können event. Fehler nur auf Kosten der Inserenten berichtigen.  
 Expedition des „Lübecker Volksboten“.

Spezialität seit über 30 Jahren **Kubener, gefolgt, pr. Pfd. 65** unübertroffen im Geschmack **Karl Lahrtz, Böttcherstr. 14/16 vorm. M. Lahrtz. (1157)**

**Barbierlehrling**  
 unter günstigen Bedingungen zu Offern gesucht. 1141  
 Marktstr. 44a. **W. Bentzin.**

50 schick Damen-Masken-Kost. billig zu vermieten. (1019)  
 Breite Straße 24. part. Flügel.

Gesucht 100. gesunde Blätterinnen für mehrere Tage der Woche, guter Lohn u. Kost. Dasselbst 2 tüchtige Blätterinnen für Mangelwäsche u. Waschen bei Lohn und Kost gesucht. 1163) Gärtnerstraße 5. Mühlenort.

Wer kauft einen Heinen Wosten gutes Schweinefleisch billig. Angebote unter **H 100** an die Expedition dieses Blattes. (1162)

Ein Sitz- und Liegewagen mit Gummireifen zu verkaufen. 1159) Arnimstraße 59a. III.  
 Zu Hause bis 2 Uhr mittags und nach 6 Uhr abends.

**Große Bohnen zu verkaufen.**  
 Pfund 15 Pfg.  
 1168) Moislinger Allee 156.

**Entlaufen ein kleiner Hund**  
 mit weißen und braunen Flecken. 1167) Holzg. Baumstr. 35. D. L.

**Achtung!**  
 Dienstag morgen verkaufte auf dem Freisingplatz frühe Seefische aller Art: Seelbutt, Forell, frische Quitten-Setinae. 1170  
**Emilie Boy,** Königstraße 61,  
 Fernr. 1511. Markthallenstr. 46.

**Leere Farbetonnen**  
 vorräthig.  
 Expedition d. „Lüb. Volksboten“.

**Achtung Radfahrer!**  
 Ein Besten prima neue Gebirgs-bikes zum halben Preis per Stck. 1.— Mk. Neue Fahrräder mit Freilauf u. Rücktritt v. 65.— Mk. an. Neue Damenräder mit Freilauf und Rücktritt von 75.— Mk. an. 1168  
**Walter Schmidt,** Johannisstr. 2.

**Stadthallen-theater.**  
 Heute Montag, 17. Febr., 8½ Uhr.  
 50 Pfg. an allen Plätzen 50 Pfg. Halbsitzung letzte Aufführung.  
 Die abgetretene Frau.  
 Schillerstr. 1171  
 Kommissar bei Fr. Vogel u. G. Rog.  
 Dienstag, 18. Febr., 8½ Uhr.  
 Besetzung: Die Doppel-Ehe.

Empfehle: 1172

**1a. reines Flomenschmalz**  
 per Pfund statt sonst Mk. 1. jetzt nur **90** Pfg.

**Bratenschmalz**  
 per Pfund statt sonst 65 Pfg. jetzt nur **55** Pfg.

Verkauf in meinen Detailgeschäften.  
**Thüringer Wurst- und Fleischkonservenfabrik**  
**Aug. Scheere.**

Von den beliebten

**Gesellschafts- und Unterhaltungsspielen**  
 sind wieder neue Sachen eingetroffen; ebenso

**Baukasten, Plastilinakasten**  
 zum Formen von Figuren u. a. m.

Allen Lesern des „Lübecker Volksboten“ sehr zu empfehlen.

**Buchhandlung von Fr. Meyer & Co.**  
 Johannisstraße 46.

**Achtung! Deutscher Bauarbeiter-Verbd.**  
 Zahlstelle Moising.

**Mitglieder-Versammlung**  
 am Dienstag, 18. Februar, abends 8½ Uhr bei Herrn Hoyer.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht vom Verbandstag.  
 2. Verschiedenes.  
 Zahlreiches Erscheinen ist unbedingt notwendig.  
 Der Vorstand: 1164

**Hansa-Theater**  
 Täglich:  
**Rund um die Aister**  
 mit Gebr. Wolf in den Hauptrollen.  
 Anfang 8¼ Uhr Anfang

**Kabarett ab 11 Uhr:**  
**Bondi** der urkomische Lautenschläger mit seinem Damenchor von Künstlerinnen. (1165)

**Neues Stadttheater.**  
 Dienstag, den 18. Februar 1913.  
 Anfang 7½ Uhr. Ende 10¼ Uhr.  
 130. Brjt. i. W. u. 21. Brjt. i. Dienstag.  
 Gastspiel des Kgl. Kammerjägers **Francesco d'Andrade.**  
**Don Juan.**  
 Oper von Mozart.  
 Don Juan Francesco d'Andrade.  
 Erhöhte Preise. 1160  
 In Vorbereitung: **Fra Diavolo.**  
 Oper von Ueber. Frau Suttas  
 Antone. Schauspiel von Otto Anthes.

**Verkauf (1161)**  
**lebender Butt**  
 (Stieg 80 Pfg.)  
 am Dienstag, dem 18. Februar 1913  
 vormittags von 8 Uhr ab an der  
**Hollentbrücke, Entiner Brücke, Hafendrehbrücke und Gürtelortbrücke.**

Gut die mir zureil gemordene Unterstüzung u. Transportarbeiter-Verband sage ich meinen besten Dank. 1165  
**J. Höker,** Reibstr. 41.

**Drehfler**  
 jetzt gründl. 1099  
**Herm. Grönwald**  
 Schwerin i. M., Bergstr. 45.

**Tischlerlehrling**  
 in Lehre gesucht gegen Bes. (1154)  
**A. Kopotzky,** ...

## Die Revolte gegen die Militärherrschaft in Japan.

Katsuras Ministerherrschaft ist von der Kammermehrheit wider Erwarten schnell das verdiente Ende bereitet worden. Umsonst hat der Vertrauensmann der Militärpartei die Kammer kurz hintereinander zweimal vertagt; vergeblich hat er von der dadurch gewonnenen Zeit einen Umschlag der feindlichen Stimmung erhofft. Am 5. Februar stellte ihm das Parlament ein Mißtrauensvotum aus und fünf Tage später erzwang es seinen Rücktritt. Freilich mußten sich alle Seiten längst klar sein, daß ein drittes Katsura-Ministerium eine politische Unmöglichkeit war. Wenn dessen ungeachtet die Militärpartei die Berufung des 65jährigen Militärs geschwiegen ließ, so weil sie in ihren Reihen keinen andern hat, von dem die Erfüllung ihrer Forderungen erwartet werden konnte. So unpopulär Katsura auch ist, er war immerhin noch die einzige Persönlichkeit unter der Kamarilla, die die Uebernahme der Ministerpräsidentenschaft wagen durfte. Seine Auftragsgeber mochten annehmen, daß seine staatsmännischen Fähigkeiten und gesellschaftlichen Verbindungen den Mangel an Popularität und Prestige aufwiegen würden. Diese Annahme ist zu schanden geworden. Katsura hat ein größeres Fiasko erlitten, als alle seine früheren Niederlagen zusammen genommen. Noch ehe er nur sein Programm in der Kammer richtig entwickeln konnte, wurde er von der Opposition gezwungen, den Kaiser um einen „weiseren Nachfolger“ zu bitten. Durch die klägliche Niederlage ihres Vertrauensmannes hat die Militärpartei einen Schlag verfehlt erhalten, den sie so bald nicht vergessen wird.

Im scharfen Differenzen zwischen Parlament und Regierung hat es im „konstitutionellen“ Japan von jeher nie gefehlt, wie die vielen Auflösungen der Kammer beweisen. Aber oft gelang es dem Thron, zwischen den Haberdänsen zu vermitteln. Was dem verstorbenen Mikado aber zuweilen glückte, ist bis jetzt seinem Nachfolger verfallen geblieben; denn der junge Kaiser Joschihito hat sich die letzten Wochen umsonst bemüht, die die Kammermehrheit bildende Seiyukai (=Partei) zur Zurücknahme des Mißtrauensvotums und Aufgabe ihres Widerstandes gegen die Regierung zu bewegen. Nicht einmal ein gipferner Friede ist ihm gelungen. Gewiß hat er den Führer der Seiyukai, Saionji, zum Rücktritt von der Parteileitung veranlassen können, ob das aber eine Verminderung der Differenzen bedeutet, muß stark bezweifelt werden. An Saionjis Stelle ist der frühere Finanzminister Mamamoto getreten, ein Mann, den weniger Fäden mit der Adelskaste verbinden und der von seiner Ministerfähigkeit her Anlaß genug hat, die Militärpartei zu bekämpfen.

Das charakteristische Merkmal der Revolte gegen die Militärherrschaft ist, daß der Einfluß des Thrones bedeutend abgenommen hat. Das bis vor kurzem noch so gewichtige Wort des „Gottsohnes“ Mikado hat seine Wirkung eingebüßt. Die Abnahme des Nimbus und der Macht des Gottesgnadentums mag die europäische Auffassung gering veranschlagen, aber in dem asiatischen Feudalstaat von gestern hat sie eine nicht gering zu veranschlagende Bedeutung. Die bürgerlichen und bäuerlichen Schichten, die die Kammermehrheit stellen, sehen ihre Interessen über die des Hofes und seiner Kamarilla, und haben sie in den letzten sehr bewegten Monaten

immer schärfer denen der herrschenden Kaste gegenübergestellt. Selbst der sonst bei allen Parteien wirkende Appell an den Patriotismus brachte diesmal kein Resultat. Die Opposition beharrt auf ihrer Forderung: parlamentarische Regierung, Verwaltungsreform und Einschränkung der militärischen Rüstungen.

Je energischer sie diese Forderungen der Militärpartei gegenüber behauptet, je stärker wird der beifällige Widerhall im Volk. Der Widerstand der Seiyukai im Parlament wurde die letzten Tage durch Demonstrationen der Volksmasse nachhaltig unterstützt. Die regierungsfreundlichen Abgeordneten hatten sich vor dem Volkszorn zu flüchten. Die Polizeimacht war nicht imstande, die regierungsfeindlichen Demonstrationen zu verhindern.

Eine solche politische Betätigung des Volkes ging den aus der Regierungstrippel gesteuerten Organen wider den Strich. In welcher Weise die reaktionären Blätter vom Schlage der Kokumin Schimbun, des Niroku und der Hoschi Schimbun die „Politiker von der Straße“ beschimpft haben, läßt sich zur Stunde noch nicht ganz feststellen; immerhin muß ihre Niedertracht das gewohnte Maß weit überstiegen haben; denn die empörte Volksmasse belagerte die Gebäude dieser Blätter und versuchte, das Gebäude der Kokumin Schimbun in Brand zu stecken. Durch Polizeifädel wurden die Demonstrationen auseinander getrieben. In dem Kampfe zwischen Regierungsmacht und Volk wurden sechs Personen getötet und 25 verwundet.

Mit der Niedersäbelung von Bürgern hat die herrschende Kaste ihr ohnehin schon überschweres Sündenkonto um eine neue blutige Schuld belastet, die länger in der Volksseele lebendig bleiben wird, als ihr lieb sein kann. Daß durch solche brutale Maßregeln die schwere Krise nicht beseitigt wird, liegt auf der Hand. Auch das sonst in ähnlichen Fällen angewandte Mittel, die Auflösung der Kammer, kann vielleicht der Militärpartei eine Gnadenfrist bringen, aber keinesfalls die innerpolitischen Schwierigkeiten und den furchtbaren Dalles in der Staatskasse beheben. Die Opposition der Seiyukai und die Demonstrationen sind schließlich doch nur Symptome einer bankrotteten Finanz- und Wirtschaftspolitik. Solange diese nicht von Grund auf umgestaltet wird, werden die Kämpfe in der Kammer und auf der Straße in steigendem Maße ausbrechen und keine Regierungskunst wird sie unterbinden können.

Die neuen Regierungsmacher sind wahrhaftig nicht zu beneiden. Mußten sie schon bei der letzten Ministerkrisis wochenlang eifrig suchen, ohne etwas Besseres zu finden, als den parteipolitisch vollständig abgewirtschafteten Katsura, so werden sie jetzt ihre Not in noch größerem Maße haben. Wer auch immer die Regierung zu übernehmen wagen wird, er wird sich in dem gleichen Dilemma befinden, durch das Saionja nach langem Drehen und Wenden nicht hindurchkommen konnte: auf der einen Seite die allmächtige Militärpartei mit unerfüllbaren Forderungen, daneben eine erdrückende Schuldenlast und eine automatisch steigende Unterbilanz im Staatshaushalt; auf der andern Seite ein gänzlich ausgeglichenes Volk und einen vollständig erschöpften Kredit im Auslande. Die unteren Schichten schreien nach Verminderung der Steuerlast und die herrschende Kaste sucht noch mehr Geld für ihre Expansionspolitik und den Militarismus aus dem arbeitenden Volk zu pressen, ohne selbst den Beutel zu öffnen.

Diese Interessengegensätze kann auch die feinste Diplomatie nicht aus der Welt schaffen. Sie müssen ausgekämpft werden. Die gegenwärtige Revolte gegen die Militärherrschaft ist nur der Anfang eines großen Kampfes zwischen Unterdrückern und Unterdrückten. Er wird vorläufig bloß von den Mittelschichten geführt. Wollen diese in dem Ringen nicht unterliegen, so müssen sie das Proletariat über die Bedeutung der Kämpfe aufklären und um seine Bundesgenossenschaft werben. Daß dies jetzt geschieht, ist die einzige erfreuliche Kunde, die aus Japan kommt.

## Der Patriotismus derer von Gottesgnaden.

Ein Beitrag zum patriotischen Festummel.

Die Münchener Zeitschrift „Licht und Schatten“ bringt folgende historische Erinnerung:

„Zur Zeit des nordamerikanischen Freiheitskrieges verhandelten bekanntlich deutsche Fürsten ihre Landeskinde an England. In welchem Maßstabe dies geschah, zeigen folgende Zahlen:

Der Herzog von Braunschweig verkaufte 5 723 Mann  
der Landgraf von Hessen-Kassel verkaufte 16 992 Mann  
der Fürst von Hanau verkaufte . . . . . 2 422 Mann  
der Markgraf von Ansbach verkaufte . . . 1 644 Mann  
der Fürst von Waldeck verkaufte . . . . 1 225 Mann  
der Fürst von Anhalt-Zerbst verkaufte . . 1 160 Mann

Das sind durchschnittlich 4 Proz. der Bevölkerung des Landes. Von obigen 29 166 Mann gingen 11 853 verloren, und für jeden Gefallenen oder Verstümmelten erhielt der Landesfürst noch eine besondere Entschädigung, sodaß ihm an dem Untergang seiner verkauften Untertanen ungelegen sein konnte. Der Preis pro Mann betrug 100, 120 und 150 Taler. Der Geschichtsschreiber Franz von Löhner (1818-1892) teilt einen für die Gesinnung der Fürsten charakteristischen Brief des Grafen von Schaumburg, Prinzen von Hessen-Kassel, an den Freiherrn v. Hohendorf, Oberbefehlshaber der hessischen Truppen in Amerika, aus Eugen Regnaults „Denkwürdigkeiten“ mit. Der Brief ist vom 8. Februar 1777 datiert. Der Fürst äußerte sich darin sehr erfreut über die Nachricht, daß in der Schlacht von Trenton von 1950 seiner Hessen 165 gefallen seien, und ärgert sich, daß auf der vom englischen Minister ihm zugesandten Verlustliste nur 1455 Gefallenen stehen, wodurch die fürstliche Schatzkammer Verlust habe. Im Schluß schreibt er: „und erinnere Sie daran, daß von dreihundert Spartanern, welche den Paß von Thermopylae verteidigten, nicht einer zurückkam. Ich wäre glücklich wenn ich daselbe von meinen braven Hessen sagen könnte. Sagen Sie dem Herrn Major Windorff, daß ich außerordentlich unzufrieden bin mit seinem Be-

## Hafenstürme.

Roman von W. W. Jacobs.

(11. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Und wo gedenken Sie heut nacht zu schlafen?“ fragte Herr Löbel, nachdem seine Tochter, um ihre eigenen ausdrucksvollen Worte zu gebrauchen, ihren Gast in seine Schranken zurückgewiesen hatte.

Herr Schümann schüttelte den Kopf. „Ich werde schon irgendwo ein Logis finden“, sagte er leichthin.

„Ich habe hier oben ein Zimmer, das Sie haben könnten, wenn Sie wollen“, sagte Herr Löbel langsam. „Ich hatte es an einen sehr anständigen, reinlichen jungen Menschen für zwei Mark fünfzig die Woche vermietet. Eigentlich müßte es drei Mark kosten, aber Sie können es zum alten Preise haben, wenn Sie wollen.“

„Abgemacht“, meinte der andere. „Zweifellos werden Sie bald Beschäftigung finden“, fuhr Herr Löbel fort, mehr als Antwort auf die fragenden Blicke seines Weibes, als auf etwas anderes. „Jeden Sonnabend zwei Mark fünfzig, und das Zimmer ist Ihres.“

Herr Schümann dankte ihm, und nachdem er ein Abendbrot verzehrt hatte, das Herrn Löbel Anlaß gab, sich dazu zu beglückwünschen, daß er ihm nicht auch angeboten hatte, ihn zu befristigen, wartete er Frau Löbel und Tochter mit einer Erzählung seiner Abenteuer in Australien auf und erhielt als Gegengabe einen vollständigen und wahren Situationsbericht über Wellhafen und seine Bewohner.

„Er ist nicht ein hübscher Stolz, das gefällt mir an ihm“, konstatierte Frau Löbel ihrem Herrn und Weibster gegenüber, als sie nach Abendessen noch bei einem Glase Grog beisammen saßen. „Er ist ein hübscher, junger Mensch, aber Geschäft ist Geschäft, und wie denkst Du Dir das, wenn Du Deine Niete nicht bekommen?“

„Früher oder später werde ich sie schon bekommen“, erwiderte Herr Löbel, „sein prächtiger Vater wird schon während darüber sein, daß sein Sohn hier wohnt. Daran denke ich!“ „Ich sehe nicht ein, weshalb!“ sprach Frau Löbel, sich in die Brust werfend. „Ich möchte wissen, wer ist denn eigentlich Kapitän Schümann? Wir sind ebenjoviel, wie er, wenn nicht mehr. Und was das Mädel anlangt, wenn das nur halb so gut aussehe, wie unsere Amelia, dann würde sie passabel sein.“

„Melie ist ein hübsches Mädel“, pflichtete Herr Löbel bei. „Ich möchte bloß wissen —“ er legte seine Hand auf den Tisch und blickte nach der Wand. — „Er scheint sehr von ihr eingenommen zu sein. Ich hab' das gleich gemerkt.“

„Nicht vor mir“, sagte seine Frau scharfen Tones.

„Ich habe es vor Dir gesehen, ehe Du in den Laden kamst“, entgegnete Herr Löbel triumphierend. „Es würde eine tolle Sache sein, in diese Familie hineinzubekommen, Emma!“ „Du weißt, daß sie es mit dem jungen Edu Lampe hält“, erinnerte ihn seine Frau kühl, „und selbst, wenn dem nicht so wäre, könnte sie etwas Besseres tun, als sich an einen jungen Menschen hängen, der keinen Pfennig in der Tasche hat. Stolz ist eine schöne Sache, Daniel, aber davon kann man nicht leben.“

„Ich weiß, was ich sage“, fuhr Herr Löbel ungeduldig dazwischen. „Ich weiß, daß sie es mit dem jungen Edu Lampe hält, genau so gut wie Du weißt ich das. Immerhin, was das Geld anbetrifft, so ist mit dem jungen Schümann alles in Ordnung.“

„Wieso?“ fragte seine Frau.

Herr Löbel zögerte und nahm einen Schluck aus seinem Glase. Dann betrachtete er das Weib seines Herzens mit einem prüfenden Blick, der sofort die leicht entfachte Wut dieser Dame erweckte.

„Du weißt, daß ich niemals Geheimnisse ausplaudere“, sagte sie.

„Oft nicht“, verbesserte Herr Löbel, „aber ich erzähl' Dir auch nicht oft welche. Was würdest Du dazu sagen, wenn der junge Schümann zehntausend Mark bekäme, wenn er sein fünfundsanzwanzigtes Jahr erreicht hat — das Erbteil seiner Mutter? Er weiß es nicht, aber ich weiß es.“

„Zehntausend Mark?“ erwiderte seine Frau, sicher?“

„Nein“, konstatierte ihr Mann, „sicher bin ich dessen nicht, aber ich weiß es. Ich habe es von dem jungen Roberts, als er noch bei Dr. Wiendörge war. Zehntausend Mark! Ich werde mein Geld eines Tages schon wieder erhalten, und wenn er von mir ein paar Groschen haben will, um damit etwas anzufangen, dann kann er sie haben. Er ist ein ehrlicher Kerl, das kann man an seinem ganzen Benehmen sehen.“

Oben in dem kleinen Zimmer unter dem Dach schlief Herr Max Schümann, in glücklicher Unkenntnis der edelmütigen Gefühle seines Wirtes ihm gegenüber, den gesunden, traumlosen Schlaf eines von Geldsorgen freien Menschen. Und im Heiligum ihres Zimmers blickte Fräulein Löbel wohlgefällig auf das Spiegelbild ihres blonden Haars und ihrer hübschen Augen, die ihr aus dem kleinen zerbrochenen Spiegel entgegenblickten, und verglich Schümann sehr zu seinen Gunsten mit dem etwas trübseligen Herrn Lampe.

## Aktes Kapitel.

Herr Schümanns Rückkehr erregte an verschiedenen Stellen Aufsehen, und die Gefühle der Bewohner der Schü-

mannschen Villa grenzten dicht an offene Meuterei. Sogar Frau König sagte sich ein Herz und las dem überraschten Kapitän eine Predigt über die ersten Pflichten eines Vaters — eine Predigt, deren Wirkung sie dadurch befestigte, daß sie ihm die Geschichte vom verlorenen Sohn bis zum Schluß vorlas. Als sie damit fertig war, brach sie gänzlich zusammen und wurde von Käthe und Bella zu Bett gebracht. Das Mitgefühl der letzteren nahm übrigens eine äußerst bestimmte Form an und äußerte sich hauptsächlich in Andeutungen, die sich nur auf eine Person im Hause beziehen konnten.

Käthe Schümann, die nicht zu Tränen neigte, schlug eine andere Weg ein, aber ohne einen besseren Erfolg zu haben. Der Kapitän lehnte es ab, über den Gegenstand zu reden, und nachdem er eine Beschreibung seiner Persönlichkeit angehört hatte, in der Hero und andere Berühmtheiten lediglich zu der Zweck figurierten, um in ihrem Charakter gerettet und blütenweiß gewaschen zu werden, nahm er seinen Hut und ging fort.

Ernst Thieken hörte durch seinen Teilhaber von der neuen Ankömmling, beachtete aber den dringenden Rat dieses Herrn nicht, Hen zu machen, so lange die Sonne schein und den jungen Schümann spazieren zu führen, sondern überlegte gedankenvoll, wie er aus der Angelegenheit am besten Nutzen ziehen könne. Ein leichter Ausbruch von Diphtherie in der Eisenallee hatte diese Gegend für eine Zeit für Fräulein Schümann verschlossen, und Thieken war daher sehr geneigt, die sehr gelegen kommende Ankunft ihres Bruders in eine Anstrengung der Vorsehung zu seinem Besten zu halten.

Einige Tage lang sah er sich indessen vergeblich nach Max Schümann um, denn dieser Herr war entweder auf ernsthaft Suche nach Arbeit abwesend, oder er sah behaglich in dem kleinen Zimmer hinter dem Laden der Löbels und huldigte dem etwas gefährlichen Zeitvertreib, Amelia Löbel Komplimente zu machen. Geldverbindungen von seiten seiner Schwägerin und Tante an ihn waren umgehend zurückgefordert worden und er schuldete dem freundlichen Herrn Löbel das, was zum Leben brauchte. Unter diesen Umständen verschloß er sich dem Gefühl warmer Dankbarkeit gegen diese Familie seine Augen gegen ihre augencheinlichen Mängel.

Durch einen Freund von Herrn Löbel erhielt er keine Arbeit unten am Hafen. Die Arbeit war allerdings keine wegs sehr vornehmer Art und strengte den Rücken mehr als den Geist, aber sieben Jahre rauhen Lebens hatten er wirkt, daß er von gesellschaftlichen Vorurteilen merklich frei war, eine Freiheit, die, wie er bald entdeckte, von seinen alten Bekannten in Wellhafen nicht geteilt wurde. Die Entdeckung war etwas bitter für ihn, und als Thieken eines Nachmittags, als er von seiner Arbeit heimkehrte,

schmen, weil er die 300 Mann gerechtfertigt habe, welche vor Trenton flohen. Während des ganzen Feldzuges sind nicht 10 von seinen Leuten gefallen!"

Gedenket die 7er Tassachen in den Tagen, wo nicht nur die von Gott Begnadeten an der Spitze des patriotischen Festmümmels stehen, sondern wo die Presse der bürgerlichen Mechie aus ihm ein Fest zu Ehren des Gottesgnadentums macht.

## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 15. Februar.

113. Sitzung. Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstische: Kräfte.

Die zweite Beratung des Postetats

sind fortgesetzt.

Dunajski (Pole) (auf der Bühne unverständlich) heint sich über Schikanen bei der Befehlung von Briefen in polnischer Adresse zu beschweren, und wendet sich gegen die Osmarfenzulage.

Wendel (S.D.): Die Aufgaben der Post sind in allen Staats- und Gesellschaftsformen die gleichen. Zwischen dem ägyptischen Postenboten vor mehreren Jahrtausenden und dem Marconi-Telegraphisten unserer Tage besteht im wesentlichen nur ein Gradunterschied. Auch wenn an der Stelle des Mannes der keinen Sozialdemokraten im Postetriebe dulden will, ein Sozialdemokrat sitzen wird, wird die Post den gleichen Zwecken dienen. Als Sozialdemokraten bemühen wir uns auf dem Gebiete der Postverwaltung, indem wir auch hier für den Fortschritt eintreten, indem wir uns für alle Verbesserungen des Verkehrs einsetzen, und für bessere Existenzbedingungen der Postangestellten. Nun hat die Kommission für die Postbeamten ja etwas eingeleistet; die Regierung aber nimmt dazu einen durchaus egoistischen Standpunkt ein. Der Staatssekretär hat nur staatsrechtliche Mittel dagegen vorgebracht, von denen die Beamten nicht viel werden; er hat den Reichstag auf den Weg der Revolution verwiesen, aber das machen wir nicht, man könnte da von einem horror vacui sprechen, einem Schauder vor dem Papierkorb. Auch wäre das nur eine Verzögerung, wenn die Parteien konsequent bleiben, wird die Regierung nachgeben müssen, und die Beamten kommen zu ihrem Recht und zu ihrer Zulage. (Zuruf: bei den Soz.) Der Beamtenhagen will ich nicht weiter sprechen, nur eine Bemerkung will ich nicht unterdrücken: in diesen Zeiten der Notzeit sind die Beamten weniger als je von der Anwesenheit des Chefs der Verwaltung anzuhängen. Sie scheinen aber nicht zu fühlen, daß Herr Kräfte keinen besseren Bundesbesitzer hat, als die mangelnde Aktivität der Beamten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Von deutschen Beamten soll man nicht soviel verlangen, wie etwa von französischen, die doch in erster Linie als Staatsbürger fühlen. Dr. Dertel hat gestern wieder den Grundtag ausgedrückt, daß die Beamten Staatsbürger milderer Rechts seien. Es sprach diese schmerzliche Summe aus seinen Ausführungen, die ein Konfessionen ja innewohnt. Die sozialdemokratische Partei ist eine Partei wie jede andere, und wenn man Beamten wegen ihrer Zugehörigkeit zu dieser Partei inhaftieren will, der begeht einen Verfassungsbruch, der begeht eine strafbare Handlung. (Lebhaft bei den Soz.) Vizepräsident Dr. Paasche ruft den Redner zur Ordnung. Abg. Stadthagen (S.D.): Derzeit zum Memoire auf! Ich will mildere Töne anschlagen. Denn in diesem Zusammenhang hat Herr Dertel ahnungslos von der Zeit gesprochen, wo ein Sozialdemokrat auf dem Stuhl des Staatssekretärs sitzen würde und hat gemeint, auch wir würden einen politischen Gegner nicht im Auge dulden und er hat dabei besonders auf mich exemplifiziert. Ich weiß nicht, ob ich jemals Staatssekretär werden werde, mein Körper bewegt sich nicht in dieser Richtung. (Zuruf: Na, na! Gr. Heiterkeit.) Aber wenn ich jemals Staatssekretär der Postverwaltung werde, so würde ich es sehr gern sehen, wenn Herr Dertel als Postbeamter sich als tüchtiges Glied der menschlichen Gesellschaft betätigt. Wenn er etwas anderes meint, so unterwirft er unsere Toleranz ab überhöht seine Gefährlichkeit. Allerdings müßte er vorher seine Brauchbarkeit nachweisen. Aber es wird ja wohl von ihm bei der Prüfung nicht heißen: Gewogen und zu leicht befanden! (Schallende Heiterkeit. Vizepräsident Dr.

Paasche: Wir sprechen jetzt vom gegenwärtigen Staatssekretär und nicht vom zukünftigen! (Heiterkeit.) Ich erwidere nur auf Ausführungen, die Herr Dertel geübt ohne Unterbrechung hat machen können. (Sehr richtig! bei den Soz.) Nur in einem Zweig des Postdienstes, im Eilbotenendienst, werden wir wohl auf die wertvolle Kraft des Herrn Dertel verzichten müssen. (Heiterkeit.) Ich war von französischen Beamten ausgegangen. Der französische Unterstaatssekretär Chaumier hat auf einem Bankett eine Rede gehalten, wo er nach kräftigem Muster die Unterbeamten gewarnt hat, ja nicht den Lockungen der bösen Sozialdemokraten zu folgen. Die französischen Unterbeamten haben in einer Verammlung den Staatssekretär Chaumier in seine Schranken zurückgewiesen, sie führten seine Rede darauf zurück, daß die Stunde schon sehr spät und der Wein sehr gut gewesen sei. In Deutschland ist derartiges unmöglich! Hier entspricht dem Herrenbewußtsein der Herrschenden leider sehr oft ein gewisser Korporalgeist bei den Beherrschten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das zeigt auch die Bitte der Telegraphentechniker, die den Titel als Assistenten haben wollen und die mittlere Beamtenklasse. (Stk.) Solange die Beamten noch mit Titeln abzupfeifen sind und den bunten Rock dem Staatsbürgerrock vorziehen, kann Herr Kräfte sich ins Fäustchen lachen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Auf dem Gantag des Verbandes mittlerer Post- und Telegraphenbeamten hat der Redakteur der Postzeitung die Mäßigkeit eines Beamtenstreiks unter anhaltendem Beifall für eine Beleidigung erklärt. Also wenn man annimmt, daß die Beamten als Männer auftreten und statt der Worte zu Taten greifen, so ist das eine Beleidigung! Es wurde dort auch ein Lied gesungen:

Noch ringen wir und müssen weiter ringen,  
Bis der Befreiung große Stunde naht,  
Bis unserer Hoffnung Feiertage klingen,  
Darf nicht des Tages Kleinmut uns bezwingen.  
Wir liegen noch. Im Anfang war die Tat.

Das klingt sehr wacker, fast revolutionär. Aber der Staatssekretär braucht nicht zu erschrecken. Das ist nur Poesie. In der Prosa wandelt sich das gärende Drachengestirn in die Milch frommer Denkart. In derselben Zeitung, in der dieses Lied steht, ist auch ein Artikel enthalten, worin es zum Schluß heißt, daß eine Arbeitseinstellung der Staatsdiener nicht nur jeder rechtlichen und ethischen Grundlage entbehren würde, sondern auch ein mißbräuchliches Mittel wäre, denn der deutsche Beamte ist nicht das Holz, aus dem man streifende Proletarier schnitt. Jawohl, im Anfang war die Tat! (Sehr gut! b. d. Soz.) Da brauchen die Beamten sich nicht wundern, daß das Wohlwollen der vorletzten Behörde nur sehr milde fließt. Es ist mit dem Wohlwollen wie mit dem Felten, woraus Aaron Wasser hervorschlug. (Zuruf: Moses! Gr. Heiterkeit.) Ob Moses oder Aaron, dieser Erzwater hat das nicht mit Worten, Petitionen, Resolutionen getan, sondern indem er mit einem Stabe dagegen schlug, und zwar mit einem recht kräftigen. (Sehr gut! b. d. Soz.) In unserem Zeitalter der Maschine dringt sie in den Postbetrieb ebenso ein wie in die Industrie, und verdrängt die Handarbeit. Das neueste ist die Barfrankierungsmaschine. In Neu-Seeland ist sie aber bereits wieder ersetzt, indem die Postverwaltung den Geschäftskleuten Frankaturapparate gegen eine Leihgebühr überläßt. Eigentlich ist sie also schon wieder veraltet. Das Jahr 1912 wird in der Geschichte des Postwesens denkwürdig sein, weil in ihm zum ersten Male Briefe durch die Luft befördert wurden. Ich bin durchaus kein Nörgler (Stk.) und gebe Herrn Dertel zu, daß die Reichspost sich mit vielem kann sehen lassen. Wir sind aber nicht mit relativ Gutem zufrieden, wir streben nach dem absolut Guten. Das Gute ist oft der Feind des Bessern. So hatte der Postmeister Nagler die Einrichtung der Schnellpost eingeführt; aber die Eisenbahn bekämpfte er, weil sie noch schneller fuhr. Auch Herr Kräfte ist ein Freund der Schnellpost, aber allem, was schneller, einfacher und besser ist, steht er mit Argwohn und Mißtrauen gegenüber. Der „Matin“ hatte, um die Postleistungen verschiedener Länder zu erproben, von seinen Korrespondenten in London, Brüssel, Berlin, Paris und Rom zu einer bestimmten verabredeten Stunde ein Telegramm und eine Verlesung aufgeben und ein Telefongespräch anmelden lassen. Die Aufnahme des Telegramms dauerte in London 30 Sekunden, in Berlin 2 Minuten 40 Sekunden, nur in Brüssel dauerte sie 3 Minuten. Das Ferngespräch war in Brüssel in 55 Sekunden angenommen, in Berlin, das auch hier an vortretter Stelle stand, in 13 Minuten. Die Auflieferung der Verlesung nahm in London 1 Min. 36 Sekunden in Anspruch, in Berlin 11 Minuten. Durch hartnäckige

Beschwerden hat ein Postbeamter es erreicht, daß er vom Frühdienst befreit wurde, weil er zur Messe gehen mußte. In der Religion also scheinen wir den andern Vändern über zu sein, in der Frigidität aber sind uns die andern voran. (Stk. und Sehr gut! b. d. Soz.) Die Reichspost wird mit allerlei Nebenaufgaben beschäftigt. So betrachtet es ja Herr Kräfte und seine Nachgeordneten als ihren Beruf, die Sozialdemokratie zu vernichten. Freilich nur mit dem Erfolg, unzeitweiliger Komit. So hat die Postdirektion in Offenbach es den Unterbeamten unterlag, ein Weihnachtsgeschenk von 42 Mark von dem Verlag der Arbeiter-Radsfahrer-Zeitung anzunehmen. Sonst sagt man vom Geld: non olet. Dieses Geld aber schien der Postdirektion den bekannten Ludergeruch der Revolution zu haben, weil es nicht einmal von einem sozialdemokratischen, sondern von einem Arbeiterblatt kam. Der Postdirektor hatte wohl Angst, die Beamten würden durch das Geld bewogen werden, sozialdemokratisch zu wählen. Die Furcht ist unnötig, denn wahrscheinlich haben sie es schon getan, oder werden es doch sicher das nächste Mal tun. Ein anderes Beispiel zeigt die Postbehörde als Zensur. Gustav Doré, über dessen Bedeutung als Maler den Staatssekretär jedes Konversationslexikon belehrt, (Stk.) hat ein Bild, die „Marzellstraße“ gemalt. Eine Reproduktion desselben auf einer Postkarte wurde von der Postdirektion Wehlar als unzulässig nicht befördert. (Gr. Stk.) Daraus spricht der vorzügliche Geist, daß der Staatsbürger auf Schritt und Tritt gegängelt werden muß, sowohl von der Polizei wie von der Post. Aber das Aergernis kommt von oben. Wir haben ja den Fall Wehlar erlebt, dem auf 6 Monate das Telephon entzogen und schließlich gleichsam auf dem Wege der Begnadigung wieder gewährt wurde. Ich will mich nicht zu seinem Anwalt in bezug auf seine Beleidigungen der Beamten machen. Wegen solcher Beleidigungen ist er strafrechtlich verfolgbar. Die Entziehung des Telefons aber stellt eine Willkür dar. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Konsequenz wäre, daß die Post auch nicht die Briefe von Herrn Müller oder Schulte befördert, wenn ihr dessen Name nicht gefällt, oder daß ich von der Benutzung der Eisenbahn ausgeschlossen werde, wenn ich einen Eisenbahnschaffner beleidige, oder wenn ich einem städtischen Beamten zu nahe trete, so wird mir vielleicht das Gas oder die Kanalisation abgeknippt. (Stk.) Herr Kräfte soll geküßert haben: „Diesem Rechtsanwalt gebe ich kein Telephon.“ Dieser Ausspruch kennzeichnet sich als Ausfluß eines Herrenmenschentums. Wie Ludwig der XIV. sagte: „Der Staat bin ich“, so sagt Herr Kräfte: „Die Post bin ich.“ Herr Kräfte ist von Beruf und Herkommen der bürgerlichste aller Reichsminister, er ist nicht adlig, nicht Major bei den Garderegimenten, nicht einmal Bonner Borussia. (Stk.) Aber diese Tat ist rein junckerlich, die Homogenität der Regierung wird damit auf das glücklichste bewahrt. (Stk. und Sehr gut! b. d. Soz.) — Die meisten Beschwerden des Publikums schiebt der Staatssekretär achtlos beiseite. So ist sicher die Beschwerde, daß die Briefmarken vielfach schlecht gummiert sind, sehr berechtigt, wenn auch der Vorwurf, daß Herr Kräfte ein schlechter Kleber sein sollte (Gr. Stk.), wohl allgemeines Erstaunen hervorgerufen hat. Die Ueberwachungsbehörde der Post ist eigentlich eine Erpressung von indirekten Steuern, die nicht bewilligt worden sind. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Das richtigste wäre, Trennung der Post vom Staat, und Internationalisierung der Post auf einer Grundlage, die lediglich nach dem Prinzip der Kostendeckung arbeitet. Der Bürokratismus ist in unserem Postwesen ein großer Baum mit vielen Blüten. Ich erinnere nur an den Fall der Nichtausföndigung einer telegraphischen Anweisung, weil die Bezeichnung, ob Frau oder Fräulein, fehlte. (Hört, hört!) Unerhört ist auch die Ablehnung der Einführung telephonischer Nachtverbindungen in Freiberg mit seinen 30 000 Einwohnern. Die Ostmarkenzulage lehnen wir auch in ihrer Verbreiterung auf Elsaß und Schleswig ab. Der politische Charakter wird ihr dadurch nicht genommen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Schließlich noch eine Anregung für Herrn Kräfte. Bei den geplanten Jubiläumsmarken ließe sich auf den roten 10-Pfg.-Marken sehr schön das Kaiserwort „die Sozialdemokratie als vorübergehende Erscheinung“ bildlich darstellen (Stk.) und die blaue 20-Pfg.-Marke könnte man blau und schwarz erscheinen lassen. (Stk.) Befolgt Herr Kräfte diese Anregungen, so befähigt er sich damit aufs neue in den Gunst des Mannes, nach dessen Willen bei uns alle Minister kommen und gehen. Ginge es nach dem Willen des Volkes, so säße auf dem Stuhle des Staatssekretärs längst ein anderer. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Staatssekretär Kräfte: Auf die Scherze des Redners gehe ich nicht ein. (Bravo! rechts.) Ich protestiere aber gegen die niedrige Art, wie er die Postbeamten einschätzt, wenn er von Leibeigenen und Sklaven spricht. Ich quittiere für diese Äußerung. (Bravo! rechts.)

Vizepräsident D o v e teilt mit, daß die Abstimmung über die Ostmarkenzulagen eine namentliche sein werde.

Die 3. regt Verbesserungen im Telephon- und Telegrammverkehr an. Bezüglich unserer Stellung zu den Personalfragen war Herr Bed uns vor, früher seien andere Töne aus unseren Reihen erklingen. Wir treiben eben Realpolitik. (Lachen links) und 1909 lagen die Finanzverhältnisse anders. Heute können die Forderungen, die die Kommission für die Beamten gestellt hat, erfüllt werden. Mit Resolutionen allein wird das nicht erreicht. Die Regierung soll sich nicht über den Geist der Unzufriedenheit unter den Beamten einer Täuschung hingeben, es könnte leicht die Weiterentwicklung des Postbetriebes gefährden. (Bravo! im Zentr.)

Dr. Quara-Koburg (W.) tritt lebhaft für die Ostmarkenzulage ein, deren Streichung alle als Unrecht empfinden, denen an der Stärkung des Deutschiums gelegen ist. Sie als Korruptionszulage zu bezeichnen, sei ein ungeheuerliches Schlagwort. Hoffentlich werden die Konservativen aus ihrem Allianzverhältnis zum Zentrum heraus noch bessere Beschwörungsworte finden als er. (Lachen im Zentr.)

Graf Carmer-Zieferwisch (K.): Den Vorwurf der Beamtenunfreundlichkeit, den Herr Köpff wegen der Wirtschaftspolitik gegen uns erhoben hat, weise ich zurück; gerade unsere Finanzreform hat erst unsere wirtschaftliche Entwicklung und die Gesundung der Reichsfinanzen und damit die Gehaltserhöhungen ermöglicht. (Zuruf rechts.) Redner bittet dann um Besserstellung der Postagenten und Verbesserung der Postverbindungen auf dem Lande. Auch die Telephonordnung müsse entsprechend dem früher eingebrachten Entwurf geändert werden.

Staatssekretär Kräfte sagt die wohlwollende Erwägung der vorgebrachten Wünsche zu; eine Ermäßigung des Zulageportos für unfrankierte Briefe sei bereits ins Auge gefaßt. Daß die Telephonordnung im vorigen Jahre abgelehnt ist, bedauere ich lebhaft, hoffentlich überzeugen sich die anderen Parteien ebenso wie die konservative, daß die Telephonordnung unbedingt geändert werden muß.

H u b r i c h (Sp.): Einer Änderung der Telephonordnung wollen wir gern zustimmen, wenn sie nicht, wie die im Vorjahr abgelehnte, der Entwicklung des Fernsprechwesens ein Ende bereitet. (Sehr richtig! bei der Sp.) Es ist erfreulich, daß der Staatssekretär gegenüber den Beschlüssen der Budgetkommission keinen schroff ablehnenden Standpunkt einnimmt. In der Tat stellen sie das mindeste dar, was wir verlangen müssen, und der Bundesrat wird gut tun, in dieser Frage nicht mit einem Unfall des Reichstages zu rechnen. Der Abg. Wendel hat es als eine Beleidigung bezeichnet für die Beamten der Post, daß auf dem Gantag der mittleren Post- und Telegraphenbeamten der Gedanke an einen Streit von dem

er Straße anhielt, versuchte er, dessen ausgestreckte Hand zu ignorieren, und schloß seinen Weg fort.

Wir haben uns lange nicht gesehen,“ sagte Thiesen und

ellie sah vor ihm hin.

„Gut!“ gab Max zurück und sah ihn prüfend an, „es ist

Ernst Thiesen, nett und edel geworden, gerade wie die fleh-

enden kleinen Knaben in den Schulbüchern. Ich hörte, daß

du wieder zurückgekommen seist.“

Ich kam gerade vor Dir zurück,“ sagte Thiesen.

„Ergreife mich und dich nicht und so weiter, kann ich mit

ernten, erregene der andere. „Wehe, wie doch die Gott-

den geüben — und Du warst gottlos! Erinnerst Du Dich

och, wie Du mich zu verprügeln pflegtest?“

„Samm mit zu mir und laß was ein wenig plaudern,“

drang Thiesen.

Max schüttelte den Kopf. „Max erwartet mich zum

Überdies,“ erklärt er mit einer Kopfbewegung in der Rich-

tung nach Thiesens Hause, „und christliche Hausarbeiter, die ihr

Arzt im Schwerte ihres Angehens verdienen — wenn der

Arbeiter bezahlt — frequenter nicht die Gesellschaft der

Arten Klagen.“

„Sei kein Narr,“ antwortete Thiesen höflich.

„Aufstehen — sehr fein bin ich auch nicht,“ erwähnte Herr

Schumann weiter und sah auf seinen Anzug. „Wir macht das

ich, ich bin schicklich genug, und so lange ich zu essen und

Schumann versprach es, bot ihm — da er Fräulein Löbel

in der Tür des Ladens stehen sah — einen guten Abend, und

schritt über die Straße. Es war für sie schon zur regelmäßi-

gen Gewohnheit geworden, auf ihn zu warten und mit ihm

Abendbrot zu essen, eine Gewohnheit, die zu vielen schlaun

Bemerkungen von Seiten der Frau Löbel Veranlassung gab.

„Ich dachte, Sie kämen überhaupt nicht mehr,“ empfing

ihn Fräulein Löbel schnippisch, als sie ihm auf dem Wege

nach dem Hinterzimmer voranging, und ihren Platz an der

wenig nett gedeckten Abendtafel einnahm.

„Und Sie haben sich wohl schon deshalb die Augen aus-

geweint,“ bemerkte Herr Schumann und griff in die Tiefen

eines großen Topfes, um sich etwas Johannisbeermarmelade

zu nehmen. „Abgesehen sind Sie nicht die erste, und ich glaube

auch nicht, daß Sie die letzte sein werden. Wie geht es Ebu?“

„Trinken Sie Ihren Tee,“ rief Fräulein Schumann, „aber

da unten ist noch etwas Marmelade, und die muß ich haben.

Nur keine Verhöhnung!“

„Laß ihn doch das Messer fortlegen,“ bat Fräulein Löbel

ihre Mutter, als sie in das Zimmer trat.

Frau Löbel schüttelte den Kopf über ihn. „Ihr beide

zankt Euch immer,“ meinte sie schelmisch, „gerade wie ein

Paar — ein Paar —“

„Turtelkneben,“ rief Herr Schumann.

Frau Löbel kam in vollem Vergnügen zu ihm herüber und schloß ihn mit ihrer großen biden Hand, dann, als sie von dieser Anstrengung etwas außer Atem gekommen war, setzte sie sich nieder, um sich in Ruhe an dem Späß zu freuen. „Siehst Du, so ermutigt Du ihn,“ sprach ihre Tochter, „es ist kein Wunder, daß er sich nicht zu benehmen weiß. Kein Wunder, daß er so tut, als ob das ganze Haus ihm gehöre.“ Diese Bemerkung war gewiß bezeichnend für Herrn Schumanns Benehmen. Seine letzte Sicherheit und Leutlichkeit hatten ihn zum bevorzugten Liebling der Löbel gemacht und waren auch nicht ohne Wirkung auf die Tochter geblieben. Die beiden geistlichen gesellschaftlichen Manieren des Herrn Eduard Lampe saßen unvortheilhaft ab gegen diejenigen des Einlogierers, und Fräulein Löbel hatte bei verschiedenen Anlässen Vergleiche gezogen, bei denen beiden Herrern wohl etwas ungünstlich geworden wäre, wenn sie dieselben genannt hätten. Die gleichen letzten Ausgangsformen zeigte Herr Schumann in der darauf folgenden Woche, als er, jezt mit einem der gebräuchlichen Anzüge von Herrn Löbels großem Lager gelehrt, Ernst Thiesen einen Besuch ablegte, um mit ihm über alle Zeiten zu plaudern und hinlängliche zu beizubringen. (Fortsetzung folgt.)

Kedner zurückgewiesen wurde. Ich protestiere gegen die Ausführungen Wendels. Die Beamtenschaft empfindet sie sicher als Beleidigung. Die Beamten wissen, daß ein Verleumdungstreif ein Verbrechen an dem Wohle der Nation wäre. (Zustimmung.) Herr Wendel will mit seinen Ausführungen Stimmung für das Entstehen einer Streikflut unter den Beamten machen. Das wird ihm nicht gelingen, die Pflichttreue der Postbeamten ist ein Granit, an dem er sich die Zähne ausbeißt. Die Beamten werden dem Beispiel ihrer französischen Kollegen nicht folgen; wir können auch in dieser Beziehung sagen: Lieb Vaterland, magst ruhig sein. (Bravo! bei den bürgerlichen Parteien.)

Trendel (3.) bittet um authentische Interpretation der Grundsätze, nach denen den Zeitungen Prospekt beigelegt werden dürfen, da verschiedene Postdirektionen in verschiedener Weise verfahren.

Dr. Schatz (Lothr.) verlangt Gleichstellung der reichsständischen Postbeamten mit den Reichseisenbahnbeamten und Befreiung des Kreisstadens der geheimen Personalakten; ein Beamter muß wissen, was gegen ihn vorgebracht wird. (Zustimmung.)

Hierauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Montag 1 Uhr.  
Schluß 5 1/2 Uhr.

## Aus der Partei.

**Wachprozess.** Zu 50 Mk. Geldstrafe wurde vom Schöffengericht in Kassel der verantwortliche Redakteur des Kasseler „Volksblattes“, Genosse Kilian, verurteilt. Im Kreise Schmalkalden unterhielt die Firma R. Wolff-Hamburg in einer Anzahl Orten Filialfabriken, da hier die Löhne sehr niedrig sind. Ein früherer Meister dieser Firma zog nun eine Konkurrenz heran, die bessere Löhne zahlte, als die Firma Wolff, infolgedessen trat eine Anzahl Arbeiter zu dieser Konkurrenz über. Das brachte dem Meister die schärfste Verfolgung ein, und man schaute selbst vor argen Gemeinheiten nicht zurück. Diese Hege gegen den Meister geißelte das „Volksblatt“. Die Firma Wolff fühlte sich beleidigt und hatte die Genußnahme, daß das Gericht alle Beweisanträge ablehnte und zu obigem Urteil kam, gegen das Berufung eingelegt worden ist.

**Schulmeiers letzte Fahrt.** Gestern nachmittag fand in Wien unter außergewöhnlicher Beteiligung das Leichenbegängnis des ermordeten Genossen Schulmeier statt. Die Zahl der Teilnehmer, die dem Sarge folgten oder auf dem Wege zum Friedhofe Spalier bildeten, wird von bürgerlicher Seite auf Hunderttausende geschätzt. An der von der Gemeinde Wien gestifteten Grabstätte auf dem Ottakringer Friedhofe wurden zahlreiche Ansprachen gehalten, darunter auch von den deutschen Reichstagsabgeordneten Genossen Scheidemann und Fischer.

**Der erste russische Frauentag.** Als neuer Beweis für das Wiederaufleben des politischen Kampfes in Rußland kann die Einberufung zum ersten russischen Frauentag durch die St. Petersburger Genossen gelten. Der Frauentag soll in der Zeit des internationalen Frauentages stattfinden. Man wird eine spezielle Frauennummer herausgeben, man plant Versammlungen und betreibt schon jetzt eine rege Agitationsarbeit für dieses sozialpolitische Ereignis. Wenn gleich in Rußland die Rechtlosigkeit der Arbeiterinnen nicht so scharf hervortritt, wie in den konstitutionellen Ländern und Republiken, weil beide Geschlechter in russischen Volke gleich rechtlos, gleich geknechtet und ausgebeutet sind, hat doch auch der Frauentag für die Russen eine große Bedeutung. Gerade weil die russische Arbeiterklasse so sehr niedergedrückt ist unter der Faust der Reaktion, kann dieser Frauentag einen neuen Ansporn und eine Neubelebung für die frische kampfkampfmütige Stimmung werden, die von Tag zu Tag mehr Boden in der russischen Arbeiterbewegung gewinnt. Und auch für die internationale Arbeiterinnenbewegung wird dieses Erwachen der Russinnen ein neuer Ansporn sein. Genossinnen, rüht auch Ihr wacker zu den Versammlungen, die anlässlich des internationalen Frauentages am 2. und 3. März stattfinden.

## Der Generalstreik für Belgien beschlossen!

Brüssel, den 12. Februar 1913.

Wie bereits mitgeteilt wurde, hat das sogenannte „Große Komitee“, das die belgischen Arbeiterorganisationen mit der Führung des Wahlrechtskampfes und der Vorbereitung des Generalstreiks beauftragt haben, beschlossen, daß der politische Massenstreik am Montag, dem 14. April, anfangen soll.

Der Beschluß wurde einstimmig gefaßt, bis auf die Stimmenthaltung der 10 Delegierten des Industriebezirks Charleroi, die von den dortigen Organisationen den Auftrag erhalten hatten, ein früheres Datum — womöglich Ende Februar, spätestens aber den 31. März — zu beschließen. Ihre dahingehenden Vorschläge wurden jedoch nahezu einstimmig abgelehnt — der erste mit allen gegen neun, der zweite mit allen gegen 16 Stimmen — sodas die Delegierten aus Charleroi bei der Schlußabstimmung meinten, sich aus Loyalität ihren Auftraggebern gegenüber der Stimme enthalten zu müssen. Nach der Abstimmung erklärte jedoch in ihrem Namen der Bergarbeiter Falon, daß sie bei den Arbeitern ihres Bezirks dafür eintreten werden, daß der Beschluß der Mehrheit respektiert und jede vorzeitige Bewegung vermieden wird.

Wenn das Komitee also bis auf die formalen Bedenken dieser 10 Delegierten einstimmig das Datum des 14. April gewählt hat, so hat es dafür gewichtige Gründe gehabt.

Erstens war man sich darüber einig, daß ein präziser Zeitpunkt für den Anfang des nunmehr unvermeidlich gewordenen Streiks angefaßt werden mußte, und zwar hauptsächlich mit Rücksicht auf die psychologische Einwirkung sowohl auf die Teile der Arbeiterschaft, die es bis jetzt bei der Vorbereitung zum Generalstreik an der erforderlichen Entschiedenheit fehlen ließen, weil sie glaubten, es werde am Ende doch bei der Drohung mit dem Generalstreik bleiben, wie auf jene Kreise des Proletariats, die ungeduldig sind, und von denen man mit Recht befürchten konnte, daß sie vorzeitig in partielle Streiks eintreten würden, wenn ihnen nicht durch das Ansehen eines Termins eine moralische Bürgschaft gegeben wird, daß man ihre Ungeduld auf keine allzulange Probe stellen will. Letztere Erwägung ist vor allem in Bezug auf die wallonischen Bergarbeiter von Gewicht, da die Grabenherren die durch die Vorbereitung zum politischen Massenstreik geschaffene Lage auszunutzen, um die Löhne — trotz der enorm steigenden Kohlenpreise und Dividenden — niedrig zu halten und zum Teil zu schmälern.

Bei der Wahl des Zeitpunktes waren nun hauptsächlich folgende Momente zu berücksichtigen, aus deren Kombination sich die Wahl des 14. April ergab: einerseits durfte der Streik wegen der Ungewißheit über die Fortdauer der jetzigen, überaus günstigen industriellen Konjunktur, der durch die unverlässliche Haltung der Regierung noch erheblich gesteigerten Kampfesstimmung der Arbeiterschaft und der damit zusammenhängenden Gefahr vorzeitiger spontaner Bewegungen nicht zu lange mehr verschoben werden, andererseits wäre es unklar, nicht noch einige Wochen zu warten, und zwar in erster

Linie wegen der noch zu treffenden Vorbereitungen zum Streik und wegen der Wirkung auf die Geschäftslage noch vor dem Beginn des Kampfes.

Was die noch zu treffenden Vorbereitungen betrifft, so gibt sich allerdings in den Kreisen der belgischen Arbeiterpartei niemand der Täuschung hin, daß eine derartige politische Massenbewegung, bei der eine halbe Million Arbeiter einen vielleicht wochenlangen Kampf zu führen haben werden, nach denselben Grundsätzen (in Bezug auf die Sicherung einer normalen Streikunterstützung durch die Organisation) vorbereitet und geführt werden kann, wie etwa eine gewerkschaftliche Lohnbewegung. Es ist übrigens eine von vornherein beschlossene Sache gewesen, über die zu diskutieren man gar nicht einmal für notwendig gehalten hat, daß während des Generalstreiks kein Centime an gewerkschaftlicher Streikunterstützung ausgezahlt werden soll, denn erstens wäre das trotz der glänzenden Fortschritte der belgischen Gewerkschaftsbewegung in jüngster Zeit nicht viel mehr wie ein Tropfen Wasser auf einen heißen Stein, und zweitens wäre auch der glänzendste Sieg im Wahlrechtskampfe viel zu teuer erkauft, wenn er die Gewerkschaften nachher mit leergepumpten Kassen der Nachlust und dem Profitthunger der Unternehmerschaft wehrlos preisgeben würde. Aber so wenig auch ein derartiger politischer Massenkampf wie ein Rechenexempel mit Unterstreichungen behandelt werden darf, so unerlässlich ist es für seinen guten Verlauf, daß wenigstens über soviel Geld verfügt wird, daß die organisierten Arbeiter, die vorher gespart haben, keine Gefahr laufen, ihre Familie verhungern zu lassen, und daß auch die schlimmste Not derer, die erst im letzten Augenblick in die Bewegung mitgerissen werden, gelindert werden kann. Und wenn auch seit der Zeit, wo die Arbeiterpartei zum ersten Male den Aufruf zum Sparen an die belgische Arbeiterpartei erging, und dafür mit Hilfe der Genossenschaften ein ganzes Netz spezieller Organisationen schuf, die organisierten Arbeiter bereits ein recht hübsches Häuflein Geldes zusammengespart haben, so soll doch nicht verholten werden, daß die große Masse der noch nicht organisierten Arbeiter bis jetzt sehr wenig gespart hat, eben weil sie noch nicht an den Generalstreik als ein sicheres, nahe bevorstehendes Ereignis glaubten. In der Hinsicht werden die zwei noch verfügbaren Monate noch recht gut ausgenutzt werden können.

Noch wichtiger vielleicht, als dieses Moment ist das der Einwirkung der Streikdrohung auf die Geschäftslage und dadurch auf die bürgerliche öffentliche Meinung. Eine derartige Bewegung gehört auch in diesem Sinne zu den Ereignissen, die ihre Schatten vorauswerfen, daß nicht nur der Kampf selber, sondern auch die Anlage des Kampfes die Mischung zu ihm bereits vorher eine große Wirkung ausübt. Die wahrheitsfreundlichen Petitionen von Handelskammern, Unternehmerorganisationen und ähnlichen Verbänden an das Parlament, die veröffentlichte Rede des liberalen Mittelstandsvertreter Theodor in der Abgeordnetenkammer, die Gerichte über eine königliche Intervention als das Resultat einer von einflussreichen Industriellen- und Kaufleutenkreisen ergriffenen Initiative zugunsten der Verfassungsrevision, das alles sind wohl nur die ersten politischen Manifestationen der Anruhe in der Geschäftswelt, die sich ökonomisch bereits seit Monaten in dem fortgesetzt abflauernden Geschäftsgang der meisten Verbrauchsartikel äußert. Darüber wird indessen fernerhin noch einiges zu berichten sein; es liegt aber auf der Hand, daß es im Interesse der Arbeiterschaft liegt, diese Periode der Beunruhigung vor dem Kampfe so lange dauern zu lassen, wie es die Sorge um das erfolgreiche Führen des Kampfes selber zuläßt. Als erschwerender Umstand kommt hinzu, daß im April die Weltausstellung in Gent eröffnet werden soll, von der man erwartet, daß sie einen ungeheuren Zustrom an Fremden nach Belgien ziehen wird, besonders in den ersten Tagen, da dann die — als „Clou“ des großangelegten Unternehmens angekündigte — internationale Blumenausstellung stattfinden soll, die aus der Natur der Sache heraus nicht einmal auf Tage verschoben werden kann.

Zu erwähnen ist schließlich noch, daß die Osterferien des Parlaments normalerweise spätestens Mitte April zu Ende gehen sollen, sodas die Gefahren, der Streik würde zu einer Zeit vor sich gehen, wo das Parlament nicht versammelt ist, nicht besteht, es wäre denn, die Regierungsmehrheit würde die Sessionsöffnung absichtlich verschieben, ein Streik, den sie wohl kaum wagen wird, da ihre Macht wirklich nicht groß genug ist, um sich den Luxus eines derartigen provokativen Vorgehens straflos leisten zu können.

Das Komitee beschloß auch, daß die gesetzlichen und ortsüblichen Kündigungsfristen, die für einzelne Arbeiterkategorien (wie die Glasbläser) vier oder gar sechs Wochen, für die Bergarbeiter meist vierzehn Tage betragen, innegehalten werden sollen.

In einem Manifest an die Bevölkerung Belgiens, dessen Text am Schluß der Komiteefestsetzung festgelegt wurde, wird der Beschluß, den Streik am 14. April anfangen zu lassen, mitgeteilt und mit den notwendigen Kommentaren versehen, damit vor allem nichts von dem verläumt werde, was zu der Vorbereitung eines „friedlichen, aber ungeheuren und unwiderstehlichen Generalstreiks“ notwendig ist. Insbesondere wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Generalstreik des 14. April das Konsums die beste Vorbereitung zum Generalstreik der Arbeit ist. Im Zusammenhang hiermit sei mitgeteilt, daß die letzten parlamentarischen Berichte der Regierung darauf hinweisen, daß die Produktionsmengen in den Brauereien, besonders was die billigeren von der Arbeiterschaft konsumierten Bierarten betrifft, seit einigen Monaten überall ganz erheblich zurückgegangen sind, sodas viele große Brauereien sogar einen Teil ihrer Arbeiter entlassen haben. Heute brachten übrigens liberale Abgeordnete einen Gesetzentwurf ein, der den Bürgermeistern das Recht gibt, im Falle eines Generalstreiks den Verkauf alkoholischer Getränke am Orte zu verbieten, für diesen Entwurf wird die Dringlichkeit verlangt.

## Bewerkschaftsbewegung.

Der Schiedsspruch im Holzgewerbe ist von den Holzindustriellen Groß-Berlins nun auch mit großer Mehrheit angenommen worden, nur der Verein der Drechslermeister stimmte dagegen. Nach Mitteilungen der bürgerlichen Presse haben die Unternehmervereinigungen in 22 kleineren Städten sich gegen den Schiedsspruch erklärt, in 29 größeren Städten dagegen haben sie dem Schiedsspruch zugestimmt. Es wird daraus geschlossen, daß die Aussperrung nicht erfolgen werde. Bemerkenswert ist, daß eine offizielle Erklärung des Unternehmerverbandes weder über das Abstimmungsergebnis noch über die Stellung zur Aussperrung bis jetzt vorliegt. Die Holzarbeiter haben nach bis jetzt vorliegenden Mitteilungen mit wenigen Ausnahmen den Schiedsspruch angenommen. Aus Leipzig wird berichtet, daß sowohl die Holzarbeiter als auch die Unternehmer den Schiedsspruch annahmen. Die Holzarbeiter stimmten in zwei großen, überfüllten und polizeilich abgesperrten Versammlungen mit erheblicher Majorität dafür. Von etwa 4500 Abstimmenden — 800 Mann hatten keinen Einlaß gefunden — waren 400 Stimmen gegen die Annahme des Schiedspruches. Die Unternehmer nahmen den Spruch gegen eine starke Minderheit an. Die Leipziger Hirsche, die mit ausgerechnet drei Jugend Mann in Betracht kommen, protestierten in einer gleichzeitig abgehaltenen Versammlung gegen die Einführung des obligatorischen Arbeitsnachweises. Die örtlichen Verhandlungen haben

am Freitag begonnen und werden am Montag fortgesetzt. Vertragsdauer, Lohnerhöhung und Arbeitsnachweis scheiden dabei als erledigt aus.

## Eine Organisation des Terrors.

Vor einiger Zeit wurde in Leipzig eine neue Organisation des bössartigsten Terrors gegründet, der Arbeitgeberverband für die Papier und Leder verarbeitende Industrie, Sitz Leipzig. Der Zweck dieser Gründung ist die Niederkämpfung der gewerkschaftlichen Bestrebungen auf Besserstellung der Arbeiter und die Hochtreibung der Preise für die Produkte der Mitglieder. Dieses löbliche Ziel soll erreicht werden durch schwarze Listen, Entlassung „versehrlich“ eingestellter, anderswo ausständig gewordener Arbeiter und durch einen gehörigen Druck auf die Lieferanten der Verbandsmitglieder. Die §§ 2 und 3 der Satzungen, betitelt: Zweck und Mittel, besagen darüber:

§ 2.

Zweck.

Der Arbeitgeberverband für die Papier und Leder verarbeitende Industrie bezweckt:

1. Die Interessen der Arbeitgeber gegenüber unberechtigten Anforderungen der Arbeitnehmer zu schützen;

2. durch gemeinsames Vorgehen Lieferanten zu veranlassen, an besonders namhaft zu machende Schleuderfirmen nicht mehr zu liefern, bis die betreffenden Firmen sich gezwungen sehen, falls sie außerhalb der in Frage kommenden Verbände stehen, sich denselben anzuschließen, und die Bestimmungen der Verbände und Verpflichtungen den Mitgliedern gegenüber einzuhalten.

§ 3.

Mittel.

Die Vereinigung errichtet eine gemeinsame Geschäftsstelle. Die Leitung der Geschäftsstelle wird einer neutralen Persönlichkeit übertragen.

Jeder der angeschlossenen Verbände hat Anspruch auf das Eingreifen der Geschäftsstelle, doch muß von dem betreffenden Vorstehenden zu diesem Zweck ein schriftlicher Antrag eingereicht werden und zwar nötigenfalls unter Beifügung entsprechender Belege. Für die Richtigkeit der Belege haftet der Antragsteller.

A) Im Falle eines Streikes verpflichten sich die Vorstehenden sämtlicher Verbände an die denselben angeschlossenen Mitglieder und außenstehenden Firmen die Namen der streikenden Arbeiter bekannt zu geben. Sollten trotz dieser Maßregel die Streikenden von einem Mitgliede oder von einer außenstehenden Firma eingestellt werden, so verpflichten sich die betr. Vorstehenden, der Geschäftsstelle unverzüglich Meldung zu machen. Die Geschäftsstelle hat alsdann die betreffende Firma zu veranlassen, die in Frage kommenden Arbeiter zu entlassen, und dieser Forderung eventuell den nötigen Nachdruck zu geben.

B) Zur etwaigen Unterstützung sind von seiten der Geschäftsstelle sämtliche von den Mitgliedern namhaft zu machenden Lieferanten-Firmen zu einer Verpflichtung zu veranlassen, daß dieselben an keine Firma liefern wollen, welche von der Geschäftsstelle zum Zwecke der Verhängung einer zeitweiligen oder dauernden Materialsperrung namhaft gemacht wird, bis eine diesbezügliche Verfügung von der Geschäftsstelle wieder aufgehoben ist.

C) Sollte eine Lieferantenfirma sich weigern, den gewünschten Vertrag zu unterzeichnen, oder trotz des Vertrages gegen denselben verstoßen, so ist nach glaubhafter Mitteilung durch den betreffenden Vorstehenden von seiten der Geschäftsstelle den Mitgliedern durch eingeschriebenen Brief der Tatbestand mitzuteilen, mit dem Ersuchen, daß sie bis auf Widerruf von der betreffenden Firma keine Materialien mehr beziehen.

D) Die gleichen Maßregeln müssen auf Antrag ergriffen werden, wenn es sich darum handelt, gegen außenstehende Firmen oder Schleuderfirmen vorzugehen. Es gelten auch in diesem Falle die sämtlichen Bestimmungen des § 3.

E) Die an die Lieferanten gerichtete Mitteilung über Verhängung der Materialsperrung ist von der Geschäftsstelle durch eingeschriebenen Brief zu erlassen, und ist anzufordern, ob die Lieferantenfirma bereit ist, in die Sperrung sofort einzutreten.

F) Sollten Lieferantenfirmen die Beantwortung dieser Frage unterlassen oder mit „nein“ beantworten, so hat die Geschäftsstelle unverzüglich die Vorstände der Verbände hiervon zu benachrichtigen, und verpflichten sich letztere, ihre Mitglieder in geeigneter Weise ebenfalls über die Tatsachen zu unterrichten.

Schwarze Listen, Materialsperrung, Zwang zur Entlassung angefeindeter Arbeiter und Druck auf die nicht dem Verbandsangehörigen Firmen, sich dem Verbands anzuschließen — das ist, was der Staatsanwalt schmunzeln, wieder einmal einen „Terrorismusfall“ vor Gericht ziehen zu können. Hoffentlich entbehrt er aber noch rechtzeitig, daß es sich hier um eine Unternehmerorganisation handelt, es könnte ihm sonst übel bekommen. Eifertige Federn werden aber beweisen, daß es sich hier überhaupt um keinen Terrorismus handelt, sondern nur um — Wahrnehmung berechtigter wirtschaftlicher Interessen. Und so wird auch die „objektivste Behörde“ denken.

## Aus der Jugendbewegung.

**Arbeiter-Jugend.** Die soeben erschienene Nummer 4 des fünften Jahrganges hat unter anderem folgenden Inhalt: über die Enttöschung der Preise. — Vom alten Preußen. — Tage der Kindheit. Von Wilhelm Schröder. — Wie der Arbeiterhaushalt gegenwärtig beschaffen ist. Von Therese Schefinger. — Blau Weiß. Zeichnung von H. Mey. — Aus der Jugendbewegung. Die Geaner an der Arbeit. Zur wirtschaftlichen Lage. Vom Kriegsaufschlag usw. Beiträge: Der Aachen-Überfall. Erzählung aus dem wilden Westen von Owen Wister. — Wie man ganz fix einen schlechten Aufschlag macht. Von Otto Koenig. — Mein Herz schlägt laut... Gedicht von Arno Holz. — Ein Wintertag im Hochgebirge. Von Martin Kapoldi-Frassbrunn (mit Abbildungen). — Lessing (III. Minna von Barnhelm. — Emilia Galotti). Von C. Hörnle. — Bücher für die Jugend. — Pech. Erzählung von Stefan v. Kogge.

## Soziales.

**Blumentage, Hungerlöcher und Fabrikantenhmut.** Das sächsische Ministerium des Innern hat für die Genehmigung sogenannter Blumentage zu wohlthätigen Zwecken Bestimmungen aufgestellt, die u. a. dahin gehen, daß die Veranstalter der Feste dafür Sorge zu tragen haben, daß den Arbeitern der Blumenlieferanten angemessene Löhne für die Anfertigung der in Betracht kommenden Blumen gezahlt werden. Diese Anordnung ist auf Grund peinlicher Erfahrungen bei früheren Blumentagen verfügt worden, hat aber bei den Sebnitzer Blumenfabrikanten verächtlichen Anwillen hervorgerufen, daß sie ihre Ständesorganisation mit dieser Sache beschäftigt haben und zu dem Entschlusse gelangt sind, von Blumenlieferungen unter solchen Bedingungen überhaupt Abstand zu

nehmen. Die Fabrikanten stehen auf dem Standpunkte, daß die Festhaltung der Höhe der Entlohnung ihrer Arbeiter eine innere Angelegenheit ihres Betriebes ist, in die sie sich von dritter Seite nicht hineinreden lassen können. Daß das Ministerium erst eingreifen muß, um der schamlosen Ausbeutung der Arbeitskräfte in der sächsischen Blumenindustrie wenigstens zeitweilig zu steuern, ist das Zweigendste an der ganzen Geschichte und beweist, wie sehr die Kritik der sozialdemokratischen Presse seinerzeit berechtigt war. Ebenso charakteristisch ist der Herrenstandpunkt der Sebnitzer Unternehmern, die mit ihren Arbeitern ganz nach Gutdünken schalten wollen und sich jede Einmischung der Regierung schuldig verbiten. Man könnte es unter anderen Umständen schließlich verstehen, wenn diese Fabrikanten erklärten: daß die Regelung der Lohnfrage eine Angelegenheit zwischen ihnen und ihren Arbeitern sei, aber die letzteren werden nach dem bekannten Scharfmacherschema von ihnen gar nicht in Betracht gezogen. Und das alles nur, weil die Organisation dieser Sebnitzer Arbeiter und Arbeiterinnen außerstande war, eine menschenwürdige Arbeitsentlohnung in der Blumenindustrie herbeizuführen; denn andernfalls wäre die Einmischung des Ministeriums doch sicher gegenstandslos.

**Wirkungen des Einfuhrschneinstems.** Die Königsberger Walzmühle A.-G. weist für das abgelaufene Geschäftsjahr einen Verlust von 82738 Mk. aus. Der Verlust ist zum Teil durch die Erweiterung des Betriebes, bauliche Veränderungen, Anschaffungen von Maschinen entstanden; zum andern Teil schreibt die Verwaltung ihn dem Einfuhrschneinstem zu. Durch die andauernde Roggenausfuhr treten für die Mühlen in Ostdeutschland Getreideknappheit und hohe Einkaufspreise ein. Ueber die allgemeinen Wirkungen des Systems äußert sich die Verwaltung weiter: „Es scheint, daß Rußland (noch bis vor wenigen Jahren für Roggen das Hauptexportland) nicht mehr seinen Roggen nachbringend exportieren kann, seitdem Deutschland mit Hilfe des Einfuhrschneinstems, welches in seiner jetzigen Form genau wie eine Exportprämie von 50 Mark pro Tonne wirkt, seinen Roggen so außerordentlich billig nach dem Auslande verkauft. Der Roggenexport Deutschlands übersteigt wesentlich seinen Roggenimport, sodaß Deutschland der Statistik gemäß jährlich ca. 30 Millionen Mark zugunsten des ausländischen Konsums einbüßt und sich von dem notwendigen Brotgetreide entblößt.“ — Dies Urteil ist um so wertvoller, als bekanntlich der ostpreussische Getreidehandel und seine politischen Vertreter, die Liberalen Ostpreußens und Westpreußens, für die Beibehaltung der Einfuhrschneinstem eintreten.

## Aus dem Gerichtssaal.

**Ein nationaler Kassensbeamter als Betrüger.** Wegen Untreue und Unterschlagung wurde vom Landgericht in Weimar der ehemalige Kassierer der Ortskassenkasse, das Vorstandsmitglied des nationalen Kassensbeamtenvereins, Hermann Eibel, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Es handelt sich um über 12000 Mark, die Eibel im Laufe der Zeit veruntreut hat. Angesichts der begangenen Fälschungen, die Eibel beging, um die Unterschlagungen zu ermöglichen, wird das Strafmaß, zumal auch noch 3 Monate der Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht sind, als ein sehr mildes angesehen. Eibel hat sich besonders in der Hege gegen die sozialdemokratischen Kassensverwaltungen in der Zeit der Verurteilung der Kassensverwaltungsordnung hervorgetan. Viel leicht gehört er zu denen, die für das Mäulische Buch über die angebliche Mißwirtschaft der Sozialdemokraten in den Kassensachen Material geliefert haben. Wenn sich Herr Müller einmal entschließt, ein Buch über die Mißwirtschaft in den nationalgeleiteten Kassen herauszugeben, wird ihm der Fall Eibel als besonders willkommenes Handexemplar dienen.

**Fünf Jahre Zuchthaus wegen Fahnenflucht.** Wieder hat ein Kriegsgericht, und zwar das der 16. Division in Trier, von dem wir noch vor kurzem die auffallende Freisprechung eines Offiziers berichten konnten, diese „Minderstrafe“ über einen armen Fahnenflüchtigen verhängt und damit das Lebensglück eines Unglücklichen für immer zerstört. Der Fall verdient um deswillen eine eingehende Darstellung, weil er ein geradezu typisches Beispiel von der Wertlosigkeit der von den Militärgerichten beliebten Abschreckungstheorie ist. Wir haben schon wiederholt diese Theorie, zu welcher sich namentlich das Gericht der 16. Division bekennt, kritisiert. Es ist geradezu erstaunlich, mit welcher Kaltblütigkeit der lapidare Satz ausgesprochen wird: „Wir müssen abschreckend wirken, nur die allerhöchsten Strafen können helfen.“ Keine dieser Gründe zu erforschen, warum soviel junge Menschen jährlich jahraus in ihren besten Jahren ihr Lebensglück preisgeben, dazu vermögen sich diese Richter nicht anzukümmern. Aber nicht genug damit, wagt einmal solch ein Unglücklicher, die Gründe seines Tuns auch nur anzudeuten, dann gleitet man gelassen darüber hinweg, denn der Militarismus darf nicht in Mitleidenschaft gebracht werden, darum hält man mit unerbittlicher Strenge an dieser Abschreckungstheorie fest. Wie lange noch? Das ist die bange Frage, die sich unwillkürlich immer wieder demjenigen aufdrängt, der denkend zusieht, wie der Moloch Militarismus unangesehen seine Opfer verdirbt. Der Angeklagte, Russeter vom 161. Infanterie-Regiment, ist bereits im Jahre 1903 eingetretten, im selben Jahre desertierte er, bekam sechs Monate und zweite Klasse, war einige Tage in der Kaserne, da desertierte er zum zweiten Male. Jetzt gab es ein Jahr drei Monate. Der Mann kennt das harte Los, das seiner wartet, wenn er zum dritten Male desertiert, und doch, kaum hat er wenige Tage Dienst getan, da verläßt er zum dritten Male seinen Truppendienst, geht hinaus in die Welt, bis ihn das Schicksal doch ereilt. Und wenn nun der Unglückliche, nach dem Grande befragt, sich darauf beschränkt, resigniert zu erklären: „Ich hätte das Elend satt; von den Kameraden verhöhnt und schikaniert, war ich es leid geworden“ — da weiß derjenige, der selbst einmal als armer Schläger seiner Dienstpflicht genügt, was jene Worte in sich bergen. Ist denn schon im allgemeinen das Leben für denjenigen, der sich nicht durch reichliche Zuschüsse von Haus aus etwas helfen kann, wenig beneidenswert, so ist das Los derjenigen, die einmal das Unglück gehabt haben, auf Zuchthaus gehen zu müssen, in den weißen Wänden ein wahres Paradies. Es war eine bittere, aber sanftere Wahrheit, die der Angeklagte aussprach, als der Verhandlungsleiter zu ihm sagte: „Da hätten Sie sich doch beschweren sollen — Max kriegt ja doch kein Recht!“ Wenn heute die meisten Soldaten darauf verzichten, den sogenannten Bescheidene zu betreiben, dann wissen sie nur zu gut, warum: Es ist das Schwere des Zuchthaus, das sie nicht mehr ertragen können. Das Gericht weiß es sehr wohl, aber es ist nicht anders als ein Hahn auf jedes Recht überhaupt. Dem Gericht ist es sehr wohl bekannt, daß ein armer Mann, der das Gericht nicht bezahlen kann, nicht mehr ertragen kann, aber es ist nicht anders als ein Hahn auf jedes Recht überhaupt. Dem Gericht ist es sehr wohl bekannt, daß ein armer Mann, der das Gericht nicht bezahlen kann, nicht mehr ertragen kann, aber es ist nicht anders als ein Hahn auf jedes Recht überhaupt.

Russeter desselben Regiments erhielt in der gleichen Sitzung wegen Fahnenflucht zehn Monate Gefängnis, während ein Dritter wegen unerlaubter Entfernung mit sieben Wochen Gefängnis davonkam.

An die Unsitte des „Schäftens“ erinnert ein umfangreicher Mißhandlungsprozeß vor dem Dresdener Kriegsgericht, wo sich wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung die Soldaten Hunger, Grüner, Niede, Vogel, Selldorf, Stachowsky, Weyer, Münzberg, Krause und Schneider vom Infanterie-Regiment Nr. 182 in Freiberg verantworten mußten. Die unter Anklage stehende Straftat ist eine jener bekannten Roheiten in den Kasernen, die gegenüber Rekruten verübt werden, die sich mißlieblich gemacht oder mal einen Strafdienst verschuldet haben. Da gibt es die Denkwürdigen in Gestalt einer schweren Tracht Prügel. So auch hier. Der Rekrut Kasper soll schon seit längerer Zeit den Ärger der Kameraden durch sein „vorlautes Wesen“ erregt haben. Die Kameraden hatten sich offenbar schon lange mit der Absicht getragen, Kasper einen „Denkzettel“ zu erteilen, warteten aber nur noch auf eine günstige Gelegenheit. In der Neujahrsnacht war Kasper zwei Stunden über Urlaub geblieben und die Kameraden glaubten, daß ihnen Nachteile daraus erwachsen könnten, und dafür sollte Kasper schon im voraus büßen. Als er am folgenden Morgen die Mannschaftsstube verlassen wollte, warf ihm einer der Kameraden die Mütze vom Kopfe; das war das Zeichen zum Angriff. Einer warf Kasper in die Stube zurück, zwei andere packten ihn, schleppten ihn durch die Stube und legten ihn dann auf den Tisch. Dann begann eine wilde Schlägerei. Einige Kameraden hielten Kasper fest, einige bearbeiteten mit Händen und Füßen das Gesicht und andere wieder teilten Ohrfeigen aus. Einer will „nur“ mit der flachen Hand zugeschlagen und ein anderer „höchstens“ drei bis fünf Schläge verfehlt haben. Der Soldat Krause begnügte sich nicht mit den Händen, er schlug Kasper mit einer fünfzähligen Klopfspeitsche über Schulter und Rücken. Nachdem die Rohlinge ihr Opfer genügend zugebeut hatten, ließen sie ab. Kasper hatte infolge der Mißhandlungen so große Schmerzen, daß er sich krank melden mußte. Der Arzt stellte am ganzen Rücken lange dicke Striemen und tellergroße blutunterlaufene Stellen fest. Der Mißhandelte mußte fünf Tage vom äußeren Dienst befreit werden. Der Ankläger (!) hat, zugunsten der Angeklagten zu berücksichtigen, daß sie über Kasper unwillig und erregt waren und daß die Verletzungen „nicht erheblich“ waren!! Das Gericht ließ auch weitgehende Milde walten und erkannte gegen den Weichenschlager Krause auf zwei Tage, bei den übrigen aber nur auf je einen Tag Gefängnis!! — So straft unsere Militärjustiz Roheitsdelikte!

## Aus Nah und Fern.

**Die Spionage-Affäre in Danzig.** Der verhaftete angelegliche Ingenieur Seegel steht im Verdacht, Pläne zu den neuesten Unterseebooten nach Frankreich und England angeboten zu haben. Seegel hatte im Konstruktionsbureau der Kaiserlichen Werft die Bearbeitung der neuesten Konstruktionen zu leiten. Zu seiner Stellung auf der Werft kam er auf Grund gefälschter Zeugnisse. Wie bereits festgestellt wurde, ist er nicht Dr.-Ing., auch nicht geprüfter Ingenieur, sondern einfacher Techniker.

**Mord.** Gestern vormittag wurde in Berlin auf dem Tempelhofer Felde am Bahndamm des Südringes ein gut gekleideter Mann in mittleren Jahren mit einer Schußwunde oberhalb des rechten Ohres tot, wahrscheinlich ermordet aufgefunden. Die Tat muß etwa 100 Meter von dem Hunderte aufgeführt worden sein, da sich deutliche Schleißen und Blutspuren auf dieser Strecke befanden. Die Berliner Kriminalpolizei wurde sofort alarmiert. Wer der Tote ist, konnte noch nicht festgestellt werden.

**Mordversuch und Selbstmord aus Eifersucht.** In der Wohnung des Stärkefabrikanten Segler in Muskau spielte sich am Abend ein Eifersuchtdrama ab. Segler unterhielt sich mit einer in seiner Fabrik beschäftigten Arbeiterin im Liebesverhältnis. Das Mädchen holte sich in der Wohnung ihres Arbeitgebers ihre Mahlzeiten. Als das Mädchen nun gestern wieder ihr Essen holte, entspann sich ein Streit mit Frau Segler, in dessen Verlauf die Frau auf das Mädchen zwei Revolverkugeln abfeuerte, die das Mädchen an den Armen und an der Stirne verletzten. Als es bewußtlos am Boden lag, eilte Frau Segler in ein Nebenzimmer und erhängte sich dort.

**Bergmannsloos.** Auf der dem alten Schacht des Mühlheimer Bergwerksvereins gehörigen Zeche Wische in Heffen kamen bei der Zerküpfung vier Bergleute ums Leben. Der Unfall ist vermutlich dadurch entstanden, daß sich bei der Aufahrt das Verschlußtor des Förderfortes löste und die Bergleute herausfielen. Die Leichen der Verunglückten konnten bisher nicht geborgen werden.

**Der minderwertige Zeuge.** Ein Nachtrag zu dem Prozeß des Obersten und Regimentskommandeurs Henigst, der in Landau vom Kriegsgericht wegen Mißhandlung des Journalisten Loth zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde, sollte nicht vergessen werden, weil er das milde Urteil des Kriegsgerichts eigenartig beleuchtet. Aus der Verhandlung wird nach den Veröffentlichungen der „Wälzischen Post“ jetzt folgendes bekannt: Zu der Frage des Obersten Henigst, welcher Partei ein Zeuge angehörte, welche der die Anklage vertretende Kriegsgerichtsrat sich folgendermaßen: Er halte die Verantwortung dieser Frage für sehr wichtig, denn, wenn der Zeuge zum Beispiel Sozialdemokrat sei, so handle es sich um eine minderwertige Persönlichkeit. Er beantrage Gerichtsbeschluss. Der Gerichtsbeschluss erfolgte auch wirklich, er lehnte aber die Frage an den Zeugen ab, mit der Betonung, daß die Bemerkung der Minderwertigkeit zurückgewiesen werden müsse, da die Zugehörigkeit zu irgendeiner Partei keineswegs die Minderwertigkeit einer Person bedeute.

**Ein Scherz.** Ein 27jähriger Ziegeleiarbeiter in dem holländischen Grenzort Vervel warf seine junge Frau und sein Kind in den Kanal. Es gelang der Frau, sich auf einen Kahn zu retten. Das Kind ertrank. Der Mörder wurde verhaftet.

**Bergwerksgesetz.** In der weißrussländischen Ortschaft Ribben hat der schon im Greifswalder Bahnarbeiter-Röhre, während seine Frau den Gottesdienst besuchte, seinen geistig und körperlich schwachen Sohn im Alter von etwa 30 Jahren erschlagen und sich darauf selbst erschossen. Der noch drei Kinder hat, beging die Tat aus Rache wegen der Krankheit seiner Kinder, von denen zwei jetzt paralysiert sind.

**Mitgliedschaften.** Der Herr Dr. Franzmann hat in Frankfurt a. M. Schwestern im Alter von

20 und 17 Jahren, lernten einen Herrn in Wiesbaden kennen. Vierzehn Tage später reiste letzterer mit den beiden Mädchen nach Paris ab. Die Spur ist dann verschwunden. Die angestellten Ermittlungen ergaben, daß die Schwestern eines Mädchenshändler in die Hände gefallen sind, der aus Warschau stammen soll.

**Rettung eines lebendig Begrabenen.** Ein schwieriges Rettungswerk ist nach dreitägigen gefährvollen Bemühungen auf der Zeche „Brinregent“ bei Bochum mit glücklichem Erfolge zu Ende geführt worden. Auf der genannten Zeche war am Mittwoch der Bergmann Stanislaus Tief von herabstürzenden Gesteins- und Kohlenmassen verschüttet worden. Die Rettungsmannschaften nahmen unter Führung der Betriebsbeamten die Bergungsarbeiten sofort mit großem Eifer auf. Sonnabend nacht gelang es, den Verschütteten unverletzt zu bergen. Tief hatte sich in einen Hohlraum gerettet und war dadurch dem sicheren Tode entgangen.

**Die verunglückte Schröder-Stranz-Expedition.** Die Zeitungen „Aftenposten“ und „Aidens“ erhalten folgendes Telegramm aus Spitzbergen: Die norwegische Hilfs-Expedition, die zur Hilfeleistung für die verunglückte Schröder-Stranz-Expedition abgegangen war, ist zurückgekehrt. Sie war bis nach der Giffonbucht gelangt, wo tiefer Schnee lag und strenge Kälte herrschte. Einem Teilnehmer erfroren die Beine, sieben Hunde kamen um und zwei Schlitten wurden zertrümmert. Proviant und Kleider mußten in der Wucht zurückgelassen werden. Der Grund für den unglücklichen Ausfall der Hilfs-Expedition liegt darin, daß nicht genügend Hunde vorhanden waren, um die stark belasteten Schlitten zu ziehen. Von Großbay wurde telegraphiert, daß man von dort wegen Mangels an Hunden und Schlitten der Schröder-Stranz-Expedition keine Hilfe bringen könnte. Wenn Hilfe nicht rechtzeitig von Süden komme, könne zur Rettung der Expedition nichts unternommen werden.

In über Polarverhältnisse gut unterrichteten Kreisen Christianias hält man die Aussichten für die Rettung der Schröder-Stranz-Expedition auf Spitzbergen nach dem Scheitern der letzten norwegischen Hilfs-Expedition für sehr gering. Wenn eine Expedition nur einigermaßen Hoffnung auf Erfolg haben sollte, so müsse man einen Norweger an ihre Spitze stellen, der mit den dortigen Verhältnissen vollständig vertraut ist. Einem Blatte wird aus Tromsö berichtet, daß die Überwinterung der Schröder-Stranz-Expedition bereits bei der Abreise von Tromsö bestimmt gewesen sei. Die deutschen Teilnehmer seien hiervon auch verständigt worden, während man die norwegischen Teilnehmer, die in Tromsö angemutert worden sind, darüber in Unkenntnis gelassen hätte. — Unter Leitung des Grafen Zeppelin und des Geheimrats Hergesell hat am Sonnabend in Frankfurt (Main) eine Besprechung von Herren beider Komitees für die Hilfsaktion zur Rettung der Schröder-Stranz-Expedition stattgefunden, die zu einer Verschmelzung der Komitees geführt hat. Graf Zeppelin hat eine namhafte Summe für die Zwecke einer neuen Expedition gestiftet. Das Komitee wendet sich nun an die breite Öffentlichkeit mit der Bitte, schnellstens Beiträge für die bedrohten Landsleute zu senden. Die Expedition soll unter deutscher Oberleitung, aber mit einem norwegischen Schiffe von Norwegen aus sobald wie möglich aufbrechen.

## Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

**Ueber die „Opferwilligkeit“ der christlichen Reichen** macht jemand in einem Eingefandt einer hiesigen Zeitung seinem bestimmten Herzen Luft. Der Einsender ist empört darüber, daß bei einer Kollekte in den hiesigen acht Kirchen ganze 104,68 Mk. geopfert wurden. Wie immer, so haben sich auch hier die minderbemittelten Bevölkerungsteile am opferwilligsten gezeigt, wie aus dem Eingefandt hervorgeht, während gerade in den Stadtteilen mit den bestgestellten Einwohnern die bescheidensten Resultate erzielt wurden. So u. a. in St. Gertrud 1,52 Mk. Eingebbracht wäre es jedenfalls, wenn den „Gläubigen“ vorher in der Kirche erzählt würde, keine Schätze zu sammeln, die die Motten und der Raub fressen; oder vielleicht ist dies auch geschehen, und haben sich dieselben, dieser Mahnung eingedenk, bescheidenen Teiles ihres Vermögens entledigt, von dem sie annahmen, daß auf diese Weise lauter Kupfermünzen zusammen gekommen. Vielleicht ist dem Einsender ein geheimes Graffeln angekommen bei Feststellung obigen Resultats, und hat er sich mit Schreden in die Zeit versetzt, wo der sozialdemokratische Programmpunkt, die Religion zur Privatangelegenheit zu erklären, verwirklicht wird, dann ist es mit den fetten Pfänden der Seeliger vorbei; denn wenn die Hirten auf die Almosen ihrer Schafe angewiesen wären, müßten sie eifriglich zugrunde gehen. Daher kann man es auch verstehen, weshalb die herrschenden Klassen sich mit aller Macht gegen die Trennung der Kirche vom Staat wehren. Dem Einsender möchten wir aber folgendes zur Beachtung empfehlen: „Die Rieken sind of glicke to hand, un gewt gewiß geern Geld, dat heet, wenn in en groten Rand, de Zetting dat vertelt!“

## Literarisches.

Die Zeitschrift, die bekannte von Georg Meißner herausgegebene Wochenschrift mit der Beigabe, „Die Bücher der Zeitschrift“, hat im neuen Jahr einen außerordentlichen Aufschwung genommen, da sich wieder mehrere tausend Anhänger der Zeitschrift angegeschlossen haben. Nicht zum wenigsten tragen dazu die 2 Bücher der Zeitschrift bei, die den Mitgliedern neben dem Blatte gratis abgegeben werden. 1912 kamen 20000 Bände von Carl Hauptmann und Wilhelm Schmidtborn zur Verteilung. 1913 gelangt als erstes Jahresschick ein ganz merkwürdiges und starkes Buch eines neuen Autors zur Ausgabe: Der Waldman von Oskar Wöhrl, das bereits eine Auflage von 15000 Exemplaren erreicht hat. Die neuen Nummern der Zeitschrift sind von besonderer Art. Nr. 3 enthält Beiträge von Lily Braun über Mutterchaft, von Goethe über Wieland, von Michael Georg Schmidt über Gerhart Hauptmann, reizende Kinderbriefe von Fritz Müller u. a. Nr. 4 ist eine der edelsten Nummern, eine Hatzschler-Zeitschrift, eine feine und starke Auslese aus den Massen dieses lobenswerten Dichters. Bild, Faksimile, wertvolle Schmuckstücke aus dem Paradies begleiten reizvoll den Text und machen das Heft zu einer dauernden wertvollen Erinnerungsgabe. Es gibt wohl zurzeit kein Blatt, das für 15 Pf. so reichhaltigen und wertvollen Stoff bietet. Die Anhänger der Zeitschrift erhalten für 6 Mk. Jahresbeitrag 52 Hefte und 2 Bücher. Man melde sich bei der nächsten Buchhandlung oder per Karte bei der Geschäftsstelle der Zeitschrift an.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Steinhilber. Verlag: Th. Schöner, Druck: H. Meyer & Co. Sämtlich in Weimar.